

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf.

**Abonnementspreis** 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Aufnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die siebengefaltete Kolonelle oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Pfg. Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse: **Witverband Bochum.**

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bochum.**  
Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

## An gewisse „Strategen“.

Was ihr auch plant und was ihr erfindet,  
Was für Ränke ihr immer auch spinnt,  
Wie ihr auch fälschet und lüget und trügt,  
Jimmer daselbe — daß nimmer ihr siegt. — E. K.

## Arbeiterlöhne und Unternehmergewinne.

### 120 310 390 Mark Lohnverlust

Haben die Bergarbeiter im preussischen Bergbau vom 1. Quartal 1908 bis einschließlich 2. Quartal 1910, also in rund 2 1/2 Jahren durch direkte Lohnreduzierungen, ungerchnet die Verluste, die ihnen durch die vielen Feiertage entfallen sind, erlitten. Die Durchschnittslöhne pro Schicht und die Gesamtlohnverluste betragen in den einzelnen Bezirken:

	4. Quart. 1907	4. Quart. 1908	1. Quart. 1909	1. Quart. 1910	2. Quart. 1910	Gesamtlohnverlust
<b>Ruhrgebiet</b>	4,09	4,76	4,48	4,48	4,51	91 259 468
Ober-schlesien	3,55	3,52	3,49	3,45	3,42	4 651 048
Nieder-schlesien	3,89	3,81	3,26	3,22	3,19	2 584 682
Saargebiet	4,07	4,08	3,96	3,94	3,95	3 050 608
Machener Revier	4,09	4,54	4,41	4,44	4,46	2 987 541
Haller Braunkohlenrevier	3,70	3,58	3,57	3,47	3,55	4 526 370
Westschlesien	3,99	3,96	3,91	3,84	3,93	300 345
Haller Salzbergbau	3,98	3,93	3,88	4,00	3,98	382 410
Landsthaler Bergbau	4,11	4,08	4,04	4,09	4,01	398 548
Mansfelder Erzbergbau	3,52	3,40	3,44	3,58	3,48	1 351 564
Siegener Erzbergbau	4,37	3,65	3,66	3,67	3,60	5 289 410
Maffauer Erzbergbau	3,51	3,02	3,10	3,14	3,14	2 150 247
Westschlesischer Erzbergbau	3,67	3,20	3,34	3,36	3,37	1 402 164
<b>Summa</b>	<b>120 310 390</b>					

Am empfindlichsten aber wurden die unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter, Gauer und Lehrhauer, betroffen. Der Durchschnittslohn derselben betrug pro Schicht:

	4. Quart. 1907	4. Quart. 1908	1. Quart. 1909	1. Quart. 1910	2. Quart. 1910
<b>Ruhrgebiet</b>	6,14	5,77	5,80	5,29	5,33
Ober-schlesien	4,10	4,02	3,97	3,90	3,90
Nieder-schlesien	3,73	3,61	3,51	3,45	3,42
Saargebiet	4,05	4,04	4,50	4,46	4,47
Machener Revier	5,36	5,10	4,98	5,00	5,04
Haller Braunkohlenrevier	4,38	4,15	4,18	3,97	4,05
Westschlesien	4,31	4,27	4,34	4,24	4,31
Haller Salzbergbau	4,36	4,25	4,16	4,34	4,33
Landsthaler Salzbergbau	4,07	4,03	4,51	4,51	4,45
Mansfelder Erzbergbau	3,73	3,56	3,64	3,70	3,68
Siegener Erzbergbau	4,97	4,04	4,08	4,06	4,14
Maffauer Erzbergbau	3,79	3,15	3,23	3,26	3,27
Westschlesischer Erzbergbau	4,17	3,64	3,69	3,72	3,75

Zu berücksichtigen ist hierbei, daß es sich bei dieser Arbeiterkategorie um gelernte, zumeist verheiratete Arbeiter handelt; diese wurden daher durch die starken Lohnverluste umso härter getroffen. Am schlimmsten wurden die Arbeiter im Siegener Erzbergbau und im Ruhrgebiet getroffen. Im Ruhrgebiet gestalteten sich die Durchschnittslöhne der einzelnen Arbeiterkategorien wie folgt:

Jahr	Unterirdisch beschäftigte eigentliche Bergarbeiter Jahreslohn	Beschäftigte oberirdische Arbeiter Jahreslohn	Sonstige unterirdisch beschäftigte Arbeiter Jahreslohn	Ueber Tage erwerbende Arbeiter Jahreslohn	Beschäftigte im Bergbau Jahreslohn
1907	1871	5,98	1289	4,04	1356
1908	1768	5,86	1255	4,08	1334
1909	1555	5,38	1192	3,92	1272
1910	—	5,29	—	3,92	—
(1. Quart.)	—	—	—	—	—
2. Quartal	—	5,38	—	3,95	—

Die eigentlichen Bergarbeiter haben danach 1909 316 Mk., die sonstigen unterirdisch beschäftigten Arbeiter 127 Mk., die erwerbenden Tagesarbeiter 84 Mk. weniger verdient wie 1907. Obwohl die Löhne im Saargebiet nicht so stark heruntergingen wie z. B. im Ruhrgebiet und im Siegener Revier, wurden die Saarbergleute aber verhältnismäßig noch stärker getroffen, weil ihr Lohn heute nicht wesentlich höher steht, wie vor etwa 20 Jahren. Der Minister Delbrück sagte noch am 17. Febr. 1909 im preussischen Dreiklassenhaufe:

„Der Rückgang der Arbeitsleistung ist trotz der gestiegenen Löhne eine allgemein beobachtete Tatsache.“

Das hier der Minister sagt, ist unzutreffend. Die Staatswerke sind durchaus rentabel. Aber schon die Art der Verrechnung des Reingewinnes ist sehr eigenartig. Sämtliche Ausgaben für Neu- und Erweiterungsbauten, die im Privatbetriebe Kapitalneueinführungen darstellen würden, ziehen die fiskalischen Rechenkünster von den Ueberschüssen der Bergwerke ab, ebenso geht es mit den außerordentlichen und den einmaligen Ausgaben, die so gut wie sämtlich ebenfalls Betriebsvermehrungen und Vergrößerungen darstellen. Es handelt sich hier nicht um kleine Summen, 1900 waren es z. B. 5 Mill. Mark, 1904 schon 13 und 1908 gar 23 Mill. Mark, die auf diese Art vom wirklichen Reingewinn verschwanden; der nach Abzug dieser Kosten verbliebene Gewinn wurde und wird jedes Jahr als wirklicher Reingewinn aus den fiskalischen Bergwerken bezeichnet!

Vergleicht man aber einmal die wirklichen Gewinne, von denen die eigentlichen Abzüge noch nicht gemacht sind, mit den Gewinnen der Bergwerks-Aktiengesellschaften im Ruhrgebiet pro Tonne Kohlen und stellt daneben die Arbeiterlöhne, so ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Fiskalische Saarbergwerke	Ruhrgebiet	Gewinn pro Tonne
1889	—	—	1,67
1890	—	—	—
1891	1137	1086	3,54
1892	1042	976	3,28
1893	925	946	3,14
1894	921	961	3,16
1895	929	968	3,18
1896	963	1036	3,29
1897	982	1128	3,57
1898	1015	1175	3,74
1899	1019	1265	3,96
1900	1044	1382	4,18
1901	1042	1224	4,07
1902	1053	1181	3,89
1903	1068	1205	3,85
1904	1087	1208	3,89
1905	1114	1186	4,08
1906	1146	1402	4,87
1907	1185	1562	4,87
1908	1182	1494	4,82
1909	1186	1885	4,49

Die Ziffern zeigen mit der allergrößten Deutlichkeit, daß die fiskalischen Bergwerke mehr Profite bringen, als die Aktiengesellschaften im rheinisch-westfälischen Bergbaurevier! Die Rentabilitätsziffer der Saargruben ist stets um ein mehr oder weniger erhebliches Stückchen über den Zahlen der privaten Bergwerke im Ruhrgebiet. Und daß die Aktiengesellschaften in einer Gegend zu den schlechtesten Anlagen und zu den geringsten Dividendenzahlern gehören, hat bis jetzt auch noch niemand bewiesen. Eine wirklich objektive und sachliche Gegenüberstellung der Gewinne zeigt, daß die staatlichen voll in Förderung befindlichen Bergwerke einen Ueberschuß abwerfen, der weit über dem steht, den man der Öffentlichkeit in den amtlichen Schriftstücken mitzuteilen für gut befindet.

Obwohl die Gewinne der Staatsgruben danach sehr gute sind, stehen die Löhne, wie vorstehende Zahlen zeigen, niedriger wie im Ruhrgebiet. So stand der Jahreslohn im Ruhrgebiet 1907-264 Mk. oder 24,2 Prozent höher wie 1891, im Saargebiet dagegen 1 Mk. oder 0,09 Prozent niedriger.

Die außerordentlichen Lohnverluste der Bergarbeiter rechtfertigen sich durch die wirtschaftliche Lage der Werke besonders im Ruhrgebiet in keiner Weise. Erfahrt man die mit dem vorletzten Geschäftsjahre einwandfrei vergleichbaren Rechnungsergebnisse der Bergbaugesellschaften, die im Laufe des ersten Halbjahres 1910 ihre Bilanzen bekannt gaben, so ergibt sich die stattliche Zahl von 136 Aktiengesellschaften. Das gesamte werbende dividendenberechtigte Nominalkapital dieser Bergbaubetriebe erfuhr im letzten Geschäftsjahre eine Erhöhung von 1 011 915 auf 1 042 636 Millionen Mark. Bei der Gesamtheit dieser Gesellschaften stellte sich im Vergleich der beiden letzten Geschäftsjahre die an die Aktionäre zur Verteilung gelangte Dividendensumme für das Jahr 1909/10 mit 87,609 Millionen Mark und um 1,657 Millionen Mark niedriger als im Geschäftsjahre 1908/09. Auf die einzelnen Zweige des deutschen Bergbaues verteilte sich die Dividendensumme der im ersten Halbjahre 1910 berichtenden Gesellschaften im Vergleich der beiden letzten Geschäftsjahre wie folgt (in Millionen Mark):

Aktiengesellschaften	Jahr	1908/09	1909/10	1908/09	1909/10	1908/09	1909/10
Steinkohlenbergbau	29	221,85	231,00	30,50	26,66	13,7	11,5
Braunkohlenbergbau	31	116,35	119,75	11,92	13,11	10,2	10,9
Erzbergbau	6	34,62	36,42	1,82	2,13	4,4	5,8
Salzbergbau	20	159,55	160,80	5,72	6,51	3,6	4,0
Sonstiger Bergbau	11	28,40	28,40	2,48	2,34	8,7	8,2
Siegener Bergbau	15	77,52	77,52	7,12	5,42	9,2	7,0
Westschlesien	24	373,63	368,75	30,01	31,45	8,0	8,1
Zusammen	136	1011,92	1042,64	89,27	87,61	8,8	8,4

Im Kohlenbergbau ging bei den Steinkohlen fördernden Betrieben die Prozentziffer der Dividende um 2,2 Proz. zurück, während sich bei den Braunkohlengruben das Dividendenenergebnis um 0,7 Proz. günstiger gestaltete. Ebenso erhellt die gleiche Geschäftsklage im Kohlenbergbau aus einem Vergleich der in den beiden letzten Geschäftsjahren für Abschreibungen aufgewendeten Kapitalien, die im Steinkohlenbergbau einen Rückgang von 17,36 auf 16,61, im Braunkohlenbergbau aber eine Zunahme von 12,08 auf 13,05 Millionen Mark aufwiesen.

Eine ganze Anzahl Werke haben aber ihre Gewinne noch steigern können, z. B. die Aktiengesellschaft für Bergbau- und Gültenerbetrieb Rhönitz. Aus den bisher veröffentlichten Abschlußziffern ergibt sich, daß die letztjährigen Betriebs- und Reingewinne die höchsten sind, die das Unternehmen je erzielt hat. Es gestalten sich die Ergebnisse im Vergleich mit denen der Vorjahre folgendermaßen:

	Bruttogewinn	Abschreibungen	Reingewinn	Dividende
1905/06	26 001 005	7 634 479	16 082 398	15 Proz.
1906/07	27 804 628	9 101 583	18 403 040	17 "
1907/08	27 391 388	12 082 016	15 299 357	11 "
1908/09	25 597 900	11 853 899	13 741 001	9 "
1909/10	33 885 412	12 888 102	20 797 311	15 "

Die außerordentlichen Abschreibungen sind in unserer Aufstellung vom Reingewinn in Abzug gebracht und mit den ordentlichen Abschreibungen verrechnet. Weiter ist zu berücksichtigen, daß seit 1907/08 ein Grundkapital von 100 Millionen Mark an der Dividende teilnimmt, während in den vorhergehenden Jahren ein nicht unerheblich kleineres Kapital daran partizipierte.

	Werte	Erstes Halbjahr 1909	1910
Harpen	—	7 570 000	7 179 000
Siberia	—	5 083 924	5 080 255
Siegener Steinkohl.	—	1 774 079	1 589 194
Mülheimer Bergwerks-Verein	—	1 295 050	1 210 684
Königsborn	—	1 117 528	1 151 232
König Wilhelm	—	836 545	1 100 000

Werte	Erstes Halbjahr 1909	1910
Massen	370 788	850 727
Wipperfleth U. W.	247 289	244 971
Bochumer Bergw.	185 008	157 976
Graf Bismarck	2 063 714	2 002 934
Erwald	1 847 851	1 824 979
König Ludwig	626 492	840 629

Die Unternehmer haben es, wie diese Zahlen schon zeigen, meisterlich verstanden, sich auf Kosten der Bergarbeiter und damit der Gesamtheit schadlos zu halten. Inhaltspunkte hierfür gibt u. a. auch der Geschäftsbericht der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, nach dem die Jahres-Lohnsumme eines Arbeiters in der Bergwerksabteilung von 1885 bis in 1908 auf 1448 Mk. im Jahre 1909 zurückgegangen ist. Es verminderte sich also der Lohnbetrag pro Kopf um 187 Mk., was bei 30 611 Arbeitern einen Betrag von rund 5 720 000 Mk. ergibt. Ungleich dieser Feststellung erklärte selbst der Berliner „Börsen-Courier“, daß ohne die Lohnreduzierungen der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft nicht eine Dividende von 9, sondern von knapp 5 Prozent hätte verteilen können.

Auch die Kaliwerke haben sehr gute Geschäfte gemacht, wie nachstehende Zusammenstellung der erzielten Ueberschüsse beweist:

	1. Vierteljahr 1910	1909
Alexandersh.-W.	408 978,62	400 594,40
Wienrode	287 881,87	185 206,44
Burbach	404 705,68	340 764,10
Carlshub	327 805,58	243 528,75
Wesdemona	392 549,80	295 977,61
Deutschland	ca. 175 000,—	410 806,04 (Nachlieferung)
Gesamt (von 1. Januar bis 30. April)	ca. 330 000,—	290 998,01 (i. d. erst. 3 Mon.)
Glückauf-Sondershausen	510 026,02	355 813,18
Großherzog von Sachsen	412 895,70	261 489,67
Großherz. Wilhelm Ernst	ca. 179 000,—	120 486,71 (1. Semester)
Wintershall	233 888,33	113 699,88
Felbrungen	106 631,60	101 528,87
Ganfa-Silberberg	205 202,72	—
Hohenfels	316 697,88	230 947,76
Hohenzollern	237 996,70	95 001,37
Johannashall	204 218,39	110 146,45
Kaiseroda	440 712,21	246 277,22
Rothenberg (Gebwigsh.)	468 171,60	341 960,22
Siegfried I.	178 210,85	238 647,05
Thüringen	278 218,41	225 388,28
Wintershall	599 828,17	384 595,38
Wilhelmshall	544 643,—	409 680,54

Die höchste Gewinnziffer hat hiernach von den vorstehend aufgeführten Werken im ersten Quartal dieses Jahres die Gesellschaft Wintershall erzielt; ferner haben noch Gewinne über eine halbe Million die Werke Wilhelmshall und Glückauf-Sondershausen zu verzeichnen. Ueber 400 000 Mark konnten fünf Werke kommen, und zwar Rothenberg, Kaiseroda, Großherzog von Sachsen, Burbach und Alexandershall.

An Dividenden sind ferner im ersten Halbjahr 1910 von folgenden Aktiengesellschaften ausgeschüttet worden:

Kaliwerke Werschleben	1 080 000 Mk.
Deutsche Kaliwerke einschließlich Neubleibero	750 000 "
Bergbaugesellschaft Julius	300 000 "
Kaliwerk Krügershall	350 000 "
Kaliwerk Jelleneig	250 000 "
Kaliwerk Schieberhall	180 000 "
Kaliwerke Westeregeln	1 020 000 "

## Preßstimmen über den Ausfall der Snappschaffswahlen.

Die „Magdeburgische Zeitung“, das führende national-liberale Blatt in der Provinz Sachsen, schreibt unter dem 21. September:

„Der Ausgang der Snappschaffswahlen im Ruhrkohlengebiet, die Stärkung des sozialdemokratischen alten Bergarbeiterverbandes und die Niederlage des christlichen Gewerkevereins kommt für den Renner der Verhältnisse nicht ganz unerwartet. Wohl hat man zu Beginn des Wahlkampfes von dem Zusammengehen der konfessionellen Arbeitervereine mit dem christlichen Gewerkeverein ein Zurückdrängen des alten Verbandes erwartet, auf einen Sieg der Christen dürften dagegen selbst die eifrigsten Förderer der Sammelpolitik nicht gehofft haben. Das Ergebnis der Sicherheitsmännerwahlen stimmt die Erwartungen der Gegner des alten Verbandes immer mehr herab, und der Ausgang der Verhältnisse hat selbst die Prognosen der ärgsten Schwarzseher übertraffen. Wie schon mitgeteilt worden ist, hat der alte Bergarbeiterverband rund 300 Kandidaten durchgebracht, bisher gehörten ihm 335 Bestenliste an; der christliche Gewerkeverein verfügte bisher über 130 Bestenlisten.“

er bracht nur 82 seiner Kandidaten durch. Die Vorherrschaft des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, dem von 419 Wählern über zwei Drittel der Wähler angehören, bleibt für die nächsten sechs Jahre im Bochumer Knappschaftsbereich bestehen. Von den bürgerlichen Parteien sind die Wählerwahlen als Verzicht der Reichstagswahl bezeichnet worden, als eine Probe für die sogenannte Sammelpolitik. Unter diesen Gesichtspunkten läßt der Ausgang der Wahl ein trübes Bild sehen: einen neuen Sieg der freien Gewerkschaften und damit der sozialdemokratischen Partei.

Ein anderes nationalliberales Blatt, die „Leipziger Neueften Nachrichten“, schreibt:

„Schon die Wahlen der Sicherheitsmänner im Ruhrrevier hatten den Beweis erbracht, daß es mit dem starken Turm des Zentrums gegenüber dem Ansturm der Sozialdemokratie nicht mehr weit her ist. Die übergroße Zahl der Sicherheitsmänner, die man gewählt hat, gehört dem alten sozialdemokratischen Bergarbeiterverband an. Damit ist die Einrichtung der Sicherheitsmänner ebenso in die Hände der Sozialdemokratie geraten wie die Verwaltung der Krankenkassen, und es liegt die Gefahr nahe, daß auch diese Institution ausgenutzt wird, um politische Zwecke zu verfolgen. Die Art und Weise, wie die Wahlen der Sicherheitsmänner zustande gekommen sind, legt die Vermutung sehr nahe. Der Bergarbeiterverband trat dabei auf in offenem Gegensatz zu den christlichen Organisationen, und es stellte sich dabei heraus, daß der Anhang dieser christlichen Organisationen fast dahingestanden ist. Was die Wahlen der Sicherheitsmänner bereits deutlich bewiesen, haben jetzt die Knappschaftswahlen bestätigt. Die Knappschaftswahlen zeigen, daß die Sozialdemokratie in die schwärzesten Bezirke eingeschoben ist und daß die freien Gewerkschaften alle anderen Gewerkschaften weit hinter sich lassen. Sie haben den Kampf übrigens mit einer Schärfe geführt, aus der man zur Genüge erkennen kann, welchen Wert sie auf die Herrschaft im Ruhrrevier legen. Daß ihnen diese Herrschaft durchaus zugefallen ist, kann, nachdem sich alles gegen sie vereint hatte, füglich nicht mehr bezweifelt werden. Der Sieg der Sozialdemokratie ist um so größer, als sich ihre Gegner stark organisiert hatten, und als namentlich die Zentrumspartei alles aufgegeben hat, um mit Ehren zu bestehen und ihre Herrschaft im Ruhrrevier, die sie jahrzehntlang ausgeübt, aufrecht zu erhalten. Für die bevorstehenden Reichstagswahlen ist der Ausfall dieser Knappschaftswahlen nicht ohne Bedeutung.“

Und das nationalliberale Scharfmacherorgan, die „Heinrichsfallische Zeitung“, äußert sich gleich nach der Wahl wie folgt:

„Dem Alten Verband hat die Samstagwahl 67 neue Mandate gebracht, der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hat dagegen von seinem früheren Bestande (135 Mandate) fast genau ein Drittel verloren. Der Verband hat also sein früheres Übergewicht in dem Knappschaftsbereich nicht allein behauptet, sondern es auf Kosten des Gewerbevereins noch entschieden verstärkt. Dies ist das hervorragendste Merkmal der Wahlen. Sollte doch der christliche Gewerbeverein versucht, alle nichtchristlichen Arbeitervereine zum gemeinsamen Sturm gegen die Verbände aufzubieten. Und die Zeitung des M.-Westf. Verbandes evangelischer Arbeitervereine hatte gleichfalls die Parole „gegen den Alten Verband“, ausgegeben, die auch andere Vereine übernahmen. Es schien, als sollte dieser Schlagtrief alle nicht auf sozialdemokratischem Boden stehenden Arbeitervereine einig und den Verband niederwerfen. Aber es schien nur so, konnte nur so scheinen. Wohl niemand glaubte, diese Fata Morgana werde Ereignis werden. In keiner Zeit konnte die Sammelpolitik des Gewerbevereins mit so geringer Aussicht auf Erfolg einsehen, als gerade jetzt. Auch ohne die trennenden Momente, die in der Vergangenheit die evangelischen Arbeitervereine vom Gewerbeverein schieden, hatte die letzte Zeit soviel rühmliche Stoff gebracht, daß ein geschlossenes Eintreten der evangelischen Arbeiter für den Gewerbeverein eine erstaunliche Disziplin vorausgesetzt hätte. Wären die Führer es aufrichtig gemeint haben, es gibt eben Zeiten, wo die Massen nicht auf eine durch taktische Erwägungen empfohlene Parole hören und ihren eigenen Weg wählen. Die Knappschaftswahlen haben eben so wie vor einigen Wochen die Sicherheitsmännerwahlen den Beweis erbracht, daß unter den Arbeitern des Industriebezirks ein Ruck nach links die Geister beherrscht. Der Radikalismus liegt. Man hat die beiden Wahlen, und nicht mit Unrecht, ein Vorbild für die Reichstagswahlen genannt. Diese Einleitung ist ja recht „verheißungsvoll“, sie steht sich mit der Stimmung der Verärgerung im Reiche, wie sie in den Nachwahlen immer wieder zum Ausdruck kommt und der Sozialdemokratie Sieg auf Sieg verschafft.“

Recht wild schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, das bekannte agrarische Scharfmacherorgan Knuten-Dortels: „Eine ziemlich große Machtvolle war der Sozialdemokratie zwar auch schon bisher im Ruhrrevierbeden gegeben, gerade dieser Zustand aber hat die anderen Bergarbeiterorganisationen, ausgenommen die Polnische Berufsgenossenschaft, derart in Harnisch gebracht, daß sie allen Eifer für die Knappschaftswahlen abgaben, und durch einen gemeinsamen Vorstoß, das auf ihnen lastende sozialdemokratische Joch wenigstens teilweise abzuschütteln. Dieser Feldzug, dem industrielle und politische Kreise in ganz Deutschland ihr lebhaftes Interesse zuwenden, hat mit einer schweren Niederlage der bürgerlichen Knappen geendet. Die Sozialdemokratie für sich allein hat weit über zwei Drittel aller Wähler-

stimmen auf sich vereinigt; auch die Polen, die mit dem Alten Bergarbeiterverband in ungelieblichen Fragen gern gemeinsame Sache machen, haben ihren Anhang beträchtlich vergrößern können. Die Kompromißkandidaten bilden nach nicht ein Fünftel unter den 417 Wählern, die mit Stimmenerhebung den Vorstand zu bestellen haben. Man wird auch bei dieser Gelegenheit mit dem billigen Troste bei der Hand sein, daß die Sozialdemokraten gar nicht aus eigener Kraft den glänzenden Sieg erstritten haben, sondern von den zu zwei Dritteln unorganisierten Bergleuten so auffällig in die Höhe gehoben worden sind. Der nichtselbständige Einwand kann mit der bitteren Erkenntnis nicht verfahren, daß in einer Arbeiterschaft, die wie keine anderen christlichen, konfessionellen und liberalisierenden Einflüssen von jeher ausgeföhrt gewesen ist, das Aufstehen der roten Flagge zurzeit eine außerordentliche Anziehungskraft auszuüben vermöge. Zentrum und Liberalismus, evangelische und katholische Berufsorganisationen haben in einträchtigen Aufmarsch die unheimlichen Mächte des Umsturzes nicht niederzwingen können. Dem unerwartlichen Vorstöße der Knappschaftswahlen wird, wie selber zu befechtigen ist, bei den nächsten Wahlen zum Reichstag das eigentliche Trauerspiel nachfolgen. Wenigstens können wir nirgend einen Anhalt für die Hoffnung entdecken, daß bis dahin die vom sozialdemokratischen Geiste „bis in die schwärzesten Gegenden“, wie der „Vorwärts“ triumphierend bemerkt, durchsuchten Bergleute des Industriebezirks ihre dem Radikalismus zugeneigte Haltung ändern könnten. Die bergbaulichen Unternehmer im Ruhrrevier werden aussetzen müssen, was parlamentarische Weisheit und bürokratische Schwäche eingebracht haben. Die Früchte des sozialdemokratischen Verführungsaktes reifen wahrlich herrlich heran!“

Die „Tägliche Rundschau“ gibt ihrem Schmerz in ihrer Nummer vom 20. September wie folgt Ausdruck:

„Die im Ruhrrevier am Sonnabend vollzogenen Knappschaftswahlen haben beaurkundetermaßen den Ausgang genommen, der nach den vorangegangenen Meldungen zu befürchten stand. Der sozialdemokratische Alte Bergarbeiterverband, hat ein gewaltiges Übergewicht über die gewählten Kandidaten aller anderen nichtsozialdemokratischen Bergarbeiterorganisationen erlangt. Nach örtlichen Besichtigungen sollten die Knappschaftswahlen ein Vorzeichen sein, von dessen Verlauf mit einiger Sicherheit auf die nächsten Reichstagswahlen sich schließen läßt. Treift das zu, dann würden die Sozialdemokraten im rheinisch-westfälischen Industriebezirk allen Gegenbestrebungen zum Trotz auch bei den Wahlen zum Reichstag die erste Blöße spielen können.“

Der Ausgang der Wahlen hat selbst die Prophezeiungen der ärgsten Schwarzseher übertroffen; als Vorschlag zu den Reichstagswahlen gibt diese Wahl ein trübes Bild; der Anhang der christlichen Organisationen ist stark dahingestanden; die Sozialdemokratie ist in die schwärzesten Bezirke eingedrungen; man hat diese Wahlen, und nicht mit Unrecht, ein Vorbild für die Reichstagswahlen genannt; diese Einleitung ist ja recht verheißungsvoll; Zentrum und Liberalismus, evangelische und katholische Berufsorganisationen haben in einträchtigen Aufmarsch die unheimlichen Mächte des Umsturzes nicht niederzwingen können; bei den nächsten Wahlen zum Reichstag wird das eigentliche Trauerspiel nachfolgen.“ So und ähnlich schallt es aus dem arbeiterfeindlichen Blätterwald heraus. Allenthalben herrscht Mischermittelschwärzung. Der „christliche“ Bergengewerbeverein hat die auf ihn gesetzten Hoffnungen, den stärksten Damm gegen die Sozialdemokratie zu bilden, nicht erfüllt; seine Freunde und Gönner, die so große Hoffnungen auf ihn gesetzt, sind enttäuscht. Eine „königlich-christlich-gelbe“ Organisation wollte man aus dem Gewerbeverein machen, wie die „Königliche Zeitung“ am 21. September ausplauderte. Das Blatt schrieb:

„Eine solche schwere Niederlage des christlichen Gewerbevereins hätten selbst seine schärfsten Gegner nicht erwartet. In Regierungskreisen, bei gewissen politischen, auch liberalen Kreisen im Lande und auch zum Teil in industriellen Kreisen trägt man sich schon lange mit dem Gedanken, mit dieser größten der christlichen Gewerkschaften in Industriebezirk eine Sammelpolitik gegen die Sozialdemokratie einzuleiten, und führt die Bestrebungen, mit diesem christlichen Gewerbeverein als Basis eine christlich-nationale Gesamtbewegung aller nichtsozialdemokratischen Kreise zu veranlassen. Wie die Sicherheitsmännerwahlen und jetzt die Knappschaftswahlen klar bewiesen haben, ist diese Basis ein mächtiger Berg von Flugsand; einem Sturm hält sie nicht stand.“

Als ein mächtiger Berg von Flugsand hat sich demnach der „königlich-christlich-gelbe“ Bergengewerbeverein erwiesen, der einem Sturm nicht standhält. Diese Einschätzung ist für die großmäuligen „königlich-christlich-gelben“ Bergengewerbevereinssekretäre, die den Sieg wieder einmal vorher in der Tasche hatten, gewiß bitter. Nach tausend Gründen wird darum gesucht, um die Blamage zu erklären. Durch die Zentrumsapresse machte ein Artikel die Kunde, worin u. a. gesagt wurde:

„In den Kreisen der christlichen Gewerkschaften macht sich jetzt eine ganz außerordentliche Erbitterung gegen die radikalen Polen bemerkbar. Die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sagen sich: wenn die Polenführer sozialdemokratische Politik treiben und der Sozialdemokratie nützen und ihre einzigen wirklichen

guten Freunde schädigen wollen, dann mögen sie sich offen als Sozialdemokraten bekennen; dann brauchen sie sich nicht immer als gute Katholiken hingustellen, denen an einer besonderen Polenpolitik keine gelegen sei. Wenn die besonnenen Führer des polnischen Volkes nicht dafür sorgen, daß von den radikalen Führern im Weizen bald andere Bahnen eingeschlagen werden, so sind ernste Konflikte zwischen den deutschen und polnischen Katholiken für Weizen unausbleiblich. Die Polenpolitik der Regierung und die Entwicklung der ganzen Verhältnisse entschuldigt ja manches, aber lange nicht alles. Wägen auch die Polen bedenken, daß sie dauernd nicht ungestraft auf die Kosten ihrer katholischen Mitbürger sündigen können.“

Hier sucht man also selbst die Polen für die Folgen der Gaulei- und Schaufeltaktik des Bergengewerbevereins verantwortlich zu machen. Weil die überwältigende Mehrheit der Ruhrbergarbeiter mündig geworden ist und sich nicht länger am „königlich-christlich-gelben“ Narrenfesseln ziehen läßt, entriestet man sich über die Polen, sucht sie für die Blamage verantwortlich zu machen. Und man stellt ihnen in Aussicht, daß sie nicht ungestraft weiter sündigen dürfen. Das beweist, wie sehr man im „königlich-christlich-gelben“ Lager den Kopf verloren hat.

In dieselbe Herbe haut natürlich auch der „Bergknappe“. Auch er behauptet, die Polen hätten die Geschäfte der „Genossen“ befragt. Daß das kompletter Unfug ist, weiß auch der „Bergknappe“. Aber in der Not frißt der Teufel Fliegen und fängt sie sich selber. So geht es auch dem „Bergknappen“; er muß Gründe für seine blamable Niederlage anführen. Woher nun nehmen und nicht stehlen? Die Schaufelt- und Gauleipolitik des Bergengewerbevereins, seine Grundlosigkeit und innere Unwahrscheinlichkeit haben seine Niederlage herbeigeführt. Das aber darf der „Bergknappe“ doch nicht eingestehen und so sucht er nach anderen Gründen; weil man aber keine hat, werden welche konstruiert. Das ist die Methode, auf der das Schwindelgebäude des Bergengewerbevereins beruht.

Ebenso hinfällig wie die Behauptung, die Polen hätten den „Genossen“ in die Hände gearbeitet, ist die Behauptung des „Bergknappen“, die einheimischen Bergarbeiter ständen, weil sie einseitiger und klüger seien und darum den „Genossen“ keine Gefolgschaft leisteten, in ihrer Mehrheit hinter dem Bergengewerbeverein. Diese Behauptung wird widerlegt durch die Tatsache, daß in einem der schwärzesten Bezirke, wo fast nur einheimische Bergarbeiter in Betracht kommen, in dem Bezirk Gelsen-Ost, der Verband 23, der Bergengewerbeverein nur 14 Mandate erhielt. Tatsache ist auch, daß im Ruhrrevier, im Dortmunder Revier und allenthalben, wo fast nur einheimische Bergarbeiter in Frage kommen, der Bergengewerbeverein fast kein Bein auf die Erde bekam.

Ähnlich ist es auch mit allen übrigen „Gründen“, die der „Bergknappe“ für seinen Gereinsfall anführt, bestellt; sie sind willkürlich an den Saaren herbeigezerrt und vermögen den Schadenjammer, der im Zentrumsgewerbevereins- und Zechenlager herrscht, nicht zu beseitigen.

### Zum sächsischen Knappschaftskampf.

Am 15. Oktober findet in Freiberg die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Allgemeinen Knappschafts-Pensionskasse statt. Außer den regelmäßigen geschäftlichen Angelegenheiten soll auch unter Punkt 4 der Tagesordnung über einen vierten Statutenantrag Beschluß gefaßt werden. Zur besseren Orientierung wollen wir die in dem neuen Nachtrag vorgegebenen Beitragssätze bekannt geben, um einen Vergleich mit den jetzt bestehenden zu ermöglichen. Die im § 45 des geltenden Statutensatzes vorgegebenen Beitragssätze sollen durch folgende ersetzt werden:

Für die Invalidenversicherung				
in Klasse	I	wöchentlich	18 Pfg.	(altes Statut 8 Pfg.)
II	18	18	18	18
III	24	24	24	24
IV	34	34	34	34
V	46	46	46	46
Va	61	61	61	61
VI	78	78	78	78
VII	132	132	132	132

  

Für die Witwen-, Waisen- und Sterbegeldversicherung				
in Klasse	B	wöchentlich	27 Pfg.	(altes Statut 11 Pfg.)
C	30	30	30	30
D	36	36	36	36
E	42	42	42	42
F	52	52	52	52
Fa	62	62	62	62
G	72	72	72	72
H	107	107	107	107

### Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens.

Bericht von A. Smillie und A. Onions über die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1910.

Manchmal verboten.

#### An die Beamten und den Exekutiv-Ausschuß der Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens.

Vor einigen Wochen wurden wir von Ihnen dazu bestimmt, Teil einer Kommission zu bilden, die von der Arbeiterpartei nach Deutschland geschickt wurde, um die gegenwärtige soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterklasse zu studieren. Die Kommission, die sich aus den Vertretern der verschiedenen Berufe zusammensetzte, sollte hauptsächlich die Industriezentren Deutschlands besuchen. Wir hielten es als unsere Pflicht, neben den allgemeinen Verhältnissen, unter denen die arbeitende Klasse lebt und arbeitet, besonders die Bergwerksindustrie zu studieren, damit die gesamten Berichte so umfassend wie möglich ausfallen möchten. Wie Sie wissen, gingen wir nicht als Neulinge, denn da wir viele internationale Bergarbeiterkongresse besucht haben und auf diese Art mit der deutschen Bergarbeiterbewegung in enger Verbindung geblieben sind, waren wir in der Lage, unser Werk mit der Kenntnis der allgemeinen Verhältnisse zu beginnen. Außerdem besuchte einer von uns, der Kamerad Smillie, der Mitglied der Königlich-deutschen Kommission über Unfälle im Bergbau ist, vor zwei Jahren Deutschland mit anderen Mitgliedern jener Königlich-deutschen Kommission und machte sich mit den Zuständen in den deutschen Gruben bekannt. Zwar wurde ihm damals nur die günstigste Seite der Bergwerksindustrie gezeigt; doch bot ihm der gegenwärtige Besuch eine Gelegenheit, denjenigen Teil des Bildes zu sehen, den die Behörde nirgend dem forschenden Besucher gerne zeigt.

Während unserer Studienreise wandten wir uns um Unterstützung an die Führer der organisierten deutschen Arbeiter, da wir sicher waren, daß diese fähig und willens sein würden, uns die größte Hilfe angedeihen und uns die soziale und wirtschaftliche Lage von dem Standpunkt des organisierten Arbeiters kennen lernen zu lassen. Wir waren ferner auch in der günstigen Lage, unter den deutschen Gewerkschaftsführern viele eng persönliche Freunde zu treffen, die sich alle Mühe gaben, uns in jeder Weise beizustehen, und wir zweifeln, ob wir ohne ihre Hilfe nach Deutschland geschickte Kommission bessere Ergebnisse erzielt hätten, als wir. Zu aufrichtigem Dank verpflichtet sind wir besonders den Kameraden Reichstagsabgeordneten Dr. v. Sasse, ferner dem Kameraden Horn, dem Schab-

meister des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Boforny, dem Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, Osteroth, dem Arbeitersekretär zu Waldenburg, und den vielen anderen Beamten des Bergarbeiterverbandes; sowie den Arbeitersekretären, die sich uns so dienstfertig zur Verfügung stellten.

Wir besuchten alle die wichtigsten Bergreviere Deutschlands. Unser erstes Studienfeld war Westfalen, das älteste und auch wichtigste Bergwerksgebiet des Landes. Von dort gingen wir nach Sachsen, wo Braunkohle gefunden wird, begaben uns dann nach dem Waldenburger Revier in Nieder-Schlesien und von dort nach Ober-Schlesien. Von der süd-östlichen Ecke Deutschlands reisten wir zurück nach dem Westen, wo wir das Saargebiet mit seinen Staatsbergwerken in Augenschein nahmen, und auf dem Heimwege hielten wir in Aachen an, um das Ruhrrevier zu sehen, welches wegen seiner Nähe zu den holländischen Bergwerken für uns von besonderem Interesse war. Die ganze Reise dauerte drei Wochen und dank der großen Unterstützung, die wir von unseren deutschen Kameraden empfangen, und der Menge der gedruckten und geschriebenen Informationen, die uns so freundlich zur Verfügung gestellt wurde, sind wir jetzt in der Lage, Ihnen diesen Bericht zu unterbreiten, in dem wir eine ziemlich vollständige und eine korrekte Beschreibung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse geben, unter denen die deutschen Arbeiter augenblicklich leben. Wir möchten auch hier die wertvollen Dienste würdigen, die uns Herr Köttgen, unser Dolmetsch, geleistet hat; ohne seine Führung und Hilfe wäre es uns unmöglich gewesen, unsere schwierige Aufgabe auch nur einigermaßen zufriedenstellend zu erfüllen.

Mit kameradschaftlichen Grüßen!

Robert Smillie. Alfred Onions.

#### Die rheinisch-westfälischen Kohlenfelder.

Wir beachteten zuerst, zur selben Zeit als die Mitglieder der Arbeiterpartei nach Deutschland zu reisen, aber verschiedene Umstände verhinderten unsere Abreise. Wir brachen daher ein paar Tage nach der Hauptpartei, am 9. Mai, auf. Wir verbrachten die erste Nacht in Aachen, von wo wir uns nach der Stadt Essen begaben, die als die Zentrale des rheinisch-westfälischen Industriegebietes angesehen werden kann und die einen bequemen Ausgangspunkt darstellte, von dem aus man das Kohlengebiet des Ruhrreviers besuchen kann. In diesem großen Kohlenfeld des Ruhrreviers werden ungefähr 340 000 Menschen auf und in der Grube beschäftigt. Man kann sagen, daß die Arbeitsverhältnisse in diesen Gebieten trotz des gewaltigen Um-

fanges des Reviers ziemlich gleichartig sind; denn die ganze Bergwerksindustrie in diesem Teile Deutschlands wird von einer Kapitalistenverbänden, dem „Rheinisch-Westfälischen Bergwerks-Syndikat“, kontrolliert.

Das Kohlenfeld erstreckt sich von dem Flusse Ruhr, einem Nebenfluß des Rheins, nach dem Norden. Die wichtigsten Städte sind Essen, die wirtschaftliche Hauptstadt des Gebietes, Dortmund, der Sitz der Bergbehörde Bochum, wo sich das Zentralfbureau des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands befindet, und Hamm, das Zentrum des neuesten und nördlichsten Teiles des Bergwerksgebietes.

Als wir Dienstag in Essen ankamen, setzten wir uns so gleich mit den Beamten des Bergarbeiterverbandes in Verbindung und verbrachten auch den nächsten Tag, Mittwoch, mit ihnen, um Aufschlüsse über den Stand der Organisation und ähnliche Dinge zu erhalten, die mit dem Zweck unserer Studienreise keine direkte Verbindung haben und die wir später unter dem Kapitel „Allgemeine Bemerkungen“ behandeln werden.

Donnerstag begaben wir uns mit dem Kameraden Boforny nach der alten westfälischen Stadt Reddinghausen. Der Kamerad Boforny ist der Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, eines Wochenblattes, das von dem Bergarbeiterverband herausgegeben wird und ungefähr 130 000 Abonnenten hat. Früh morgens hatte der Redakteur eine kleine Angelegenheit in dem städtischen Amtsgericht zu regeln und wir begleiteten ihn dorthin, um einen kleinen Einblick in die deutsche Rechtsprechung zu erlangen. Der Fall, in dem Boforny zu erscheinen hatte, betraf eine Seite des Lebens der deutschen Arbeiterklasse, die in der letzten Zeit großes Interesse hervorgerufen hat. Der Redakteur war von der Polizei, die ihn angeklagt hatte, eine verbotene politische Demonstration zugunsten des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für den preussischen Landtag \*) verurteilt zu haben, mit einer Geldbuße von 10 Mark belegt worden.

Es muß hier auch noch erwähnt werden, daß der Kamerad Boforny verschiedene Male sozialdemokratischer Reichstagskandidat für Reddinghausen gewesen ist. Der Gerichtshof setzte sich aus dem präsidierenden Richter und aus zwei Schöffen zusammen. Ehe der Fall, der uns interessierte, an die Reihe kam, wurden zwei oder drei kleine Sachen verhandelt, die eine unendlich lange Zeit in Anspruch nahmen. Wir bemerkten, daß der Richter, ein junger Mann, äußerst streng mit den Zeugen verfuhr und sie manchmal ohne sichtliche Ursache ansah. \*) Man sagte uns, daß dies das gewöhnliche Betragen der Richter gegen Zeugen und Parteien aus dem Arbeiterstande wäre. Als die Sache unseres Kameraden an die Reihe kam, erschienen

lofenversicherung organisiert werden: durch selbständige Versicherungs-  
 lassen, durch Angliederung an die allgemeine Kranken-, Alters- und  
 Invalidenversicherung, durch Unterstüfung der Berufsbereitungen, die  
 Arbeitslosenunterstüfung gewähren? — Mehr als aus den De-  
 batten ging aus dem vorliegenden Tatsachenmaterial hervor, welcher  
 Weg praktisch gangbar ist. Die allgemeine, obligatorische Arbeitslosen-  
 unterstüfung aus Unternehmer- und Staatsbeiträgen gedeht, von den  
 Arbeitern allein verwaltet, wäre natürlich vom Arbeiterstandpunkt am  
 wünschenswertesten. Soll aber eine solche Unterstüfung ausreichend  
 hohe Unterstüfungen ohne erschwerende restriktive Maßregel gewähren,  
 dann würde sie einen Kostenaufwand verursachen, den zu decken der  
 Staat sich noch lange weigern wird. Wenn man eine durchschnittliche  
 Arbeitslosigkeit von 8 Prozent annimmt, so würde eine derartige Ver-  
 sicherung d. B. das deutsche Reich mit 15 Millionen Lohnarbeitern  
 und einem täglichen Unterstüfungssatz von 2 Mk., jährlich 925 Millio-  
 nen Mark ohne die Verwaltungskosten erfordern. Es ist aber aus-  
 geschlossen, daß der Staat solche Summen ausgeben würde und wenn  
 er es läte, dann nur, um den Arbeitern die Erhaltung besserer Ar-  
 beitsbedingungen zugleich zu erschweren, denn die Arbeitsbedingungen  
 werden beeinflusst von dem Grade der Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter  
 können und werden jedoch niemals in eine Beschränkung ihrer Be-  
 wegungsfreiheit durch einen sogenannten Arbeiterschutzes einwilligen.  
 Eine allgemeine fakultative Arbeitslosenunterstüfung mit Zuschuß aus  
 öffentlichen Mitteln hat bisher überall Schiffbruch gelitten, ob sie  
 nun kommunal oder staatlich versucht worden ist. Gelingen ist  
 bisher die Arbeitslosenversicherung nur durch die Selbsthilfe der  
 Arbeiter, die zu unterstützen der Staat gezwungen werden muß.  
 Und wir haben dafür Beispiele. In Dänemark, in Norwegen und in  
 einigen Kantonen der Schweiz, vornehmlich in Genéve, ist die Subventionierung der Arbeitervereinigungen, die  
 selbst Arbeitslosenunterstüfung gewähren, gesetzlich eingeführt.  
 Ebenfalls in Frankreich, wo sie jedoch fast wirkungslos geblieben ist,  
 weil die Arbeiterorganisationen sich bisher in ihrer Mehrheit ablehnend  
 gegenüber der Arbeitslosenunterstüfung verhalten und überigens nur  
 einen geringen Bruchteil der Arbeiter umfassen. In Belgien und  
 Holland wird die Subventionierung der Arbeiterkassen durch die  
 Gemeinde betrieben, aber auch nur in einer beschränkten Anzahl ge-  
 ringer Gemeinden. In Dänemark sind heute nahezu 60 Prozent der Ar-  
 beiter gegen Arbeitslosigkeit versichert und aus Staatsmitteln ist den  
 Gewerkschaften im Jahre 1908—1909 die für ein Land von 2½  
 Millionen Einwohnern gemaltige Summe von 576 150 Kronen zuge-  
 flossen. Stellen wir daneben, was die deutschen, österreichischen, die  
 englischen Gewerkschaften gegen die Arbeitslosigkeit ausbringen, dann  
 begreift man, wie ein bürgerlicher Politiker wie Herr Bourgeois in  
 seiner Schlussrede, in der er das Ergebnis der Verhandlungen zu-  
 sammenfaßt, sagen mußte: „Alles was gegen die Arbeitslosigkeit bis-  
 her getan worden ist und was gegen sie getan werden kann, muß be-  
 rücksichtigt auf die Berufsvereine der Arbeiter, gesehen — aber es ist  
 nichts gesehen.“ Das ist das ernüchternde Fazit der Verhandlungen.  
 Die am Schluß gegründete Internationale Vereinigung zur Bekämpfung  
 der Arbeitslosigkeit hat ihren Sitz in Genéve. Erster Sekretär ist Herr  
 Larol, Compère wird avoué 50, und Genosse Kniese ist Kassierer.  
 Der Jahresbeitrag beträgt 10 Francs für Einzelpersonen, 25 Fr. für  
 Körperschaften und 50 Fr. für Behörden.

### Die französischen Bergarbeiterverhältnisse

Schildert ein Artikel in der vorletzten Nummer des „La Voix du Mineur“,  
 wir entnehmen demselben folgende Schilderung der Verhältnisse im  
 Bergbau Distrikt Pas de Calais:

Die Kohlenpreise sind in 20 Jahren gestiegen von 9,40 Franken auf  
 15,01 Franken pro Tonne, während die Selbstkosten der Werke fast die-  
 selben geblieben sind. Sie betragen 7 Franken im Jahre 1880 und  
 8 Franken im Jahre 1900. Der Totalwert der Produktion betrug im  
 Jahre 1880 80 789 258 Franken und im Jahre 1900 270 404 424 Franken.  
 Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug im letzten Jahre 86 218.  
 Die durchschnittliche Tagesleistung eines Arbeiters betrug 1908 1,381 Tn.  
 und im Jahre 1909 1,030 Tn. Die Leistung der Arbeiter hat sich also  
 erhöht und zwar um 8 Kilogramm pro Mann und Tag, während die Löhne  
 gefallen sind. Der durchschnittliche Schichtlohn betrug 1908 5,70 Franken  
 und im Jahre 1909 5,77 Franken. Der durchschnittliche Jahreslohn  
 eines Arbeiters fiel von 1611 Franken im Jahre 1908 auf 1600 Franken  
 im Jahre 1909 und der Lohn pro Tonne Kohlen von 5,81 Franken im  
 Jahre 1908 auf 5,66 Franken im Jahre 1909.

### Der britische Gewerkschaftskongress

In den letzten Jahren war es allgemein Sitte geworden, von dem  
 britischen Gewerkschaftskongress als einer Institution zu sprechen, deren  
 Wichtigkeit von Jahr zu Jahr abnehme. Das war wohl hauptsächlich  
 dem Umstand zuzuschreiben, daß sich die Tätigkeit der britischen Ar-  
 beiterbewegung mehr der Politik wandte. Das Einwirken der  
 Arbeiterpartei lenkte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit mehr auf  
 diese als auf den älteren Gewerkschaftskongress. Aber die jüngsten  
 Ereignisse im wirtschaftlichen und politischen Leben Großbritanniens  
 haben den Schwerpunkt der englischen Arbeiterbewegung wieder nach  
 der Richtung des Gewerkschaftskongresses verschoben.

Hierzu trug vor allem der Entscheid des obersten Gerichtshofes im  
 Falle Osborne bei, eine Entscheidung, die nicht allein das seit etwa  
 60 Jahren als gesetzlich festgelegt betrachtete Recht der Gewerkschaften,  
 sich an der politischen Aktion zu beteiligen, vernichtete, sondern auch  
 die ganze öffentliche Tätigkeit der Gewerkschaften, wie sie in Gewerkschafts-  
 zeitschriften und ähnlichen Körperschaften zum Ausdruck kommt, in  
 Frage stellt. Man kann sich denken, wie ein derartiges Urteil, dessen  
 Tragweite allmählich zum Vorschein kam, die Gemüter der englischen  
 Arbeiter aufregte. Was ferner noch dazu beitrug, den diesjährigen  
 britischen Gewerkschaftskongress besonders wichtig zu gestalten, war der  
 plötzliche Ausbruch von Streitigkeiten in vier der Hauptindustrien  
 Großbritanniens. Die Werksbetreiber sperren ohne die geringste War-  
 nung die organisierten Kesselschmiede aus; die Eisenbahner der großen  
 Nordbahn drohten mit dem Streik, weil sie sich von den Direktoren bei  
 der Auslegung eines Schiedsspruches betrogen glaubten; in der  
 Baumwollindustrie Lancashire drohte der Unternehmerverband mit der  
 Aussperrung aller Arbeiter, wenn ein kleiner Streik, der in der Fabrik  
 eines Mitgliedes des Unternehmerverbandes ausgebrochen war, nicht  
 unbergänglich beigelegt würde; in der Bergwerksindustrie in Süd-Wales  
 drohte es zu einem Streik aller Bergarbeiter zu kommen. Bei all  
 diesen Streitigkeiten handelte es sich um geringfügige Anlässe. Wenn  
 man aber auf die eigentlichen Ursachen der wirtschaftlichen Unruhen  
 eingeht, so wird man finden, daß die zweienden Faktoren etwas größer  
 sind, als die Zeitungen dem allgemeinen Publikum einguredet ver-  
 suchen. Ohne genauer darauf eingehen zu wollen, können die allge-  
 meinen Ursachen der wirtschaftlichen Störungen als das Resultat der  
 wachsenden Macht der Unternehmerverbände hingestellt werden. Die  
 gewaltige Kapitalkonzentration, die das englische Kapital in den letzten  
 10 Jahren vorgenommen hat, hat einer unerkennbaren Einfluß auf  
 die Gestaltung der Verträge zwischen den Verbänden der Arbeitgeber  
 und Arbeitnehmer gehabt. In vielen Fällen haben die Unternehmer-  
 verbände den Arbeiterorganisationen Beträge aufgezwungen, die für  
 die Arbeiter keineswegs vorteilhaft waren und die die Arbeitgeber bei  
 günstigen Gelegenheiten in schroffer Weise auslegten. Dabei die all-  
 gemeine Unruhe, die weite Kreise der Arbeiterklasse Großbritanniens  
 erfaßt hat und die zu jenen plötzlichen Ausbrüchen der Unzufriedenheit  
 Anlaß gegeben hat, die dem Laien unverständlich sind. Es ist sehr leicht  
 möglich, daß diese allgemeine Unzufriedenheit schon in kurzer Zeit  
 in gewaltigen Kämpfen zwischen den Arbeiter- und Unternehmerver-  
 bänden führen wird.

Hatte also das Osborne-Urteil schon eine große Erbitterung unter  
 der Arbeiterschaft hervorgerufen, so wurde dieses Gefühl durch die Er-  
 zeugnisse der letzten paar Wochen noch vermehrt. In dem Bewußtsein  
 der Gefahr, die ihnen von den politischen Drahtziehern der bürger-  
 lichen Parteien droht, und der nicht minder großen Gefahr auf wirt-  
 schaftlichem Gebiete seitens der Unternehmerverbände wandten sich  
 die Augen aller nach dem bevorstehenden Gewerkschaftskongress. Man  
 fühlte, daß man den Feinden nicht mehr gewachsen sei, daß etwas  
 Neues geschaffen werden müsse, was den modernen Kampfbedingungen  
 entspreche und man hoffte von dem Gewerkschaftskongress, daß  
 dieser Mittel und Wege finden würde, um die bedrängte Arbeiterbe-  
 wegung in einen verteidigungsfähigen Zustand zu versetzen.

Man muß zugeben, daß sich die Delegierten zu dem diesjährigen  
 Kongress der Wichtigkeit des Augenblicks wohl bewußt waren. Zwar  
 wurden auch auf diesem Kongress der englischen Sitte gemäß viele  
 hebenwürdige Fragen erörtert, die eigentlich auf den einzelnen Berufs-  
 gruppen bezogen werden sollten, aber man ließ doch im Gegensatz

zu der früheren Praxis den Hauptfragen jenes Zeitmaß zulassen,  
 das ihre Wichtigkeit erforderte. Vor allen Dingen kam die Frage der  
 Zentralisation der Gewerkschaften zur Sprache. Man weiß, wie klä-  
 glich es noch in dieser Hinsicht in der englischen Gewerkschaftsbewegung  
 aussieht. In manchen kleinen Industrien existieren ein paar Duzend  
 selbständige Gewerkschaften, die nicht den geringsten Zweck haben und  
 die heute bei der großen Zentralisation der Unternehmerkräfte eine  
 wirkliche Gefahr für die Arbeiterbewegung in Großbritannien ge-  
 worden sind. Unter diesen Umständen ist es leicht verständlich, daß der  
 Kongress mit großer Mehrheit eine Resolution annahm, in der die Ver-  
 einigung der Gewerkschaften gefordert und das parlamentarische Kom-  
 mittee beauftragt wird, bis zum nächsten Kongress einen Plan zur Ver-  
 einigung der Gewerkschaften auszuarbeiten. Daß die Engländer erst  
 jetzt auf den Gedanken der großen Zentralorganisation kommen, ist  
 recht charakteristisch für die englische Gedankenrichtung. Der Eng-  
 länder hat eine instinktive Abneigung gegen alle Theorie und fängt  
 nicht gerne etwas an, was er nicht zuerst praktisch ausprobiert hat.  
 Hier zeigen sich wieder einmal die großen Schattenseiten dieser prakti-  
 schen Politik, die von der Theorie nichts wissen will. Die viel jüngeren  
 deutschen Gewerkschaften, die unter dem Einfluß der sozialistischen  
 Wirtschaftslehre aufwuchsen, fanden gleich die richtige Form, die dem  
 Zeitalter der gewaltigen Kapitalkonzentration angepaßt ist. Die Briten  
 mußten erst durch den Schaden klug werden.

Die zweite große Frage, die auf dem Kongress zur Verhandlung  
 kam, war die Frage des Osborne-Urteils und der daraus entstehenden  
 Konsequenzen. Bei dieser Frage zeigte es sich, wie die Drangsalierung  
 der Arbeiterschaft auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete die  
 Geister entflammt hat. Zuerst versuchten die Leiter des Kongresses,  
 unter denen die liberalen Partei noch all-ig gesinnten Gewerkschafts-  
 führer eine einflußreiche Rolle spielen, von Delegierten eine  
 Resolution vorzuschlagen, deren Milde ein Kompromiß mit der liber-  
 alen Regierung möglich gemacht hätte. Die überwiegende Mehrheit der  
 Delegierten wollte aber von einer solchen Halbheit nichts wissen und  
 beauftragte das Geschäftskomitee, eine scharfe und entschiedene Reso-  
 lution auszuarbeiten. Diese zweite Resolution, die praktisch einstimmig  
 angenommen wurde, lautete:

„Dieser Kongress wünscht seinen nachdrücklichen Protest gegen  
 das im Falle Osborne gefällte Urteil abzugeben, das die wirksame  
 parlamentarische Vertretung der organisierten Arbeiterschaft verhin-  
 dert, das es den Ortsgruppen der Gewerkschaften unendlich  
 macht, an der Arbeit der lokalen Gewerkschaftskomitees teilzunehmen,  
 und das die Diskussions- und Beschlußfreiheit untergräbt, die der  
 Gewerkschaftskongress immer genossen hat, insofern als der Kongress  
 Maßnahmen politischen Charakters im Interesse der Lohnarbeiter  
 getroffen hat.“

Dieses Urteil vorenthält den Gewerkschaften das Recht, ihren  
 ausdrücklich statutarisch festgelegten Zweck, die Beziehungen zwischen  
 Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu regeln, zu verfolgen, insofern  
 als die modernen industriellen Verhältnisse und der hochorganisierte  
 Zustand des Kapitals die parlamentarische Aktion für diesen Zweck  
 nötig machen; er raubt den Gewerkschaften eine Freiheit, die sie  
 seit fast fünfzig Jahren besitzen und die sie nur mit der Zu-  
 stimmung ihrer Mitglieder und zum Vorteil der Allgemeinheit aus-  
 geübt haben.

Dieser Kongress fordert, daß diese Rechte unverzüglich wieder  
 hergestellt werden, so daß die Gewerkschaften in die Lage versetzt  
 werden, ihre statutarischen Funktionen derart zu erfüllen, wie es  
 die Mitglieder der verschiedenen Gewerkschaften gemäß den Statuten  
 entscheiden.

Deshalb fordert der Kongress wegen der Ungerechtigkeit der  
 Entscheidung und der Dringlichkeit der Angelegenheit alle ange-  
 schlossenen Organisationen auf, im Anbetracht der Enstehungen der  
 Sachlage, die kürzlich in der Presse erschienen sind, allen möglichen  
 Druck auf die Regierung auszuüben, um diese zu bestimmen, sofort  
 die Wege zu ebnen, damit die Vorlage, wie sie von der Arbeiter-  
 partei zur Limitierung des Urteils eingebracht worden ist, Gesetz  
 wird, und zu beschließen, die Frage bei allen parlamentarischen  
 Wahlen zu einer „Test“-Frage zu machen.“

Bei künftigen Wahlen werden also die organisierten Arbeiter  
 gegen jeden Kandidaten stimmen, der nicht für die Limitierung des  
 Osborne-Urteils eintritt. Was das für die politische Lage in Groß-  
 britannien bedeutet, wird jeder verstehen, der da weiß, wie abhängig  
 die bürgerlichen Parteien und besonders die Liberalen von den Stim-  
 men der Arbeiterschaft sind. Die Regierung wird jedenfalls dem  
 Drängen der Arbeiter nicht nachgeben. Selbst wenn sie es wollte,  
 könnte sie es nicht; denn die kapitalistischen Interessen in der Regie-  
 rungspartei sind so stark, daß sie eine derartige Maßnahme auf keinen  
 Fall zulassen würden. Die Regierung hat denn auch schon den Ar-  
 beitern ein Kompromiß angeboten. Sie will die Besetzung der  
 Parlamentsmitglieder und vielleicht auch die Bezahlung der allge-  
 meinen Wahlkosten einfrühen. Das wird der Partei der Arbeiter  
 aber wenig helfen. Überdies würde ein solches Gesetz nicht die ge-  
 fährdete Lage der Gewerkschaften, die das Osborne-Urteil erzeugt hat,  
 aus der Welt schaffen. Man wird sich darauf gefaßt machen müssen,  
 daß sich die Arbeiterschaft Großbritanniens, die man durch das Gesetz  
 politisch zu knebeln versucht hat, auf ungeschicklichem Wege Luft ver-  
 schaffen wird. Auf dem Kongress waren es besonders die Vertreter  
 der Bergarbeiter, die gegen alle Erwartung aufs schärfste und leidens-  
 schaftlichste gegen das Osborne-Urteil polemisierten. Von ihnen ging  
 die Anregung aus, dem Gesetze Troß zu bieten und die Arbeiterpartei  
 nicht ohne einen Kampf untergehen zu lassen. Die Bergarbeiter werden  
 jedenfalls als erste in diesem Sinne handeln. Sie werden fortfahren,  
 ihre Beiträge an die Arbeiterpartei zu zahlen und wenn es dann die  
 Regierung versuchen sollte, die Führer der Bergarbeitergewerkschaften  
 einzusperrern, so wird sie einen Sturm erleben, der die liberale Partei  
 auf Jahre hinaus, wenn nicht für immer, von dem politischen Schau-  
 platz hinwegjagen wird.

Der diesjährige Kongress der britischen Gewerkschaften bildet einen  
 Meilenstein in der Entwicklung der Arbeiterbewegung dieses Landes.  
 Er wird den Ausgangspunkt der Regeneration einer Arbeiterbewegung  
 bilden, die früher einmal als vorbildlich angesehen wurde, im Laufe  
 der Zeit aber hinter den jüngeren Bewegungen des europäischen Fest-  
 landes merklich zurückgeblieben ist.

### Knappschäftliches.

#### Saarbrüder Knappschäftverein im Jahre 1909.

Am Schluß des Jahres 1909 zählte der Saarbrüder Knappschäft-  
 verein 53 979 Mitglieder. Davon waren: Jugendliche Arbeiter (unter  
 16 Jahre alt) 2271; Pensionistenmitglieder 51 588; Krankeinfach-  
 mitglieder, welche der Pensionistenliste nicht angehören (ausschließ-  
 lich unter 16 Jahre alten) 97; auf Vereinswerken beschäftigte Invaliden,  
 welche der Krankeinfachliste nicht angehören 26. Die Pensionistenliste  
 am Anfang des Jahres 1909 45 714 Mitglieder. Der Gesamtumfang betrug  
 53 979, der Gesamtumfang 3084 Mitglieder und zwar: durch Invalidisierung  
 überhaupt 862, davon infolge von Betriebsunfall 78 Mitglieder; aus  
 anderen Gründen 1977 Mitglieder. Der reine Zuwachs betrug 2872  
 Mitglieder. Neben den aktiven Mitgliedern standen in Beziehung zur  
 Pensionistenliste am Anfang des Jahres 1267 Personen, welche durch  
 Zahlung einer Anerkennungsgeld ihre erworbenen Rechte aufrecht  
 erhielten, am Jahresschluß 1114 Personen. In Invaliden waren am  
 Anfang des Jahres vorhanden 10 336. An neuen Invaliden gingen zu  
 909, und zwar: Krankeinfachmitglieder 888, Unfallinvaliden 71. In  
 Abgang kamen 594, so daß am Schluß des Jahres ein Bestand von  
 10 671 verblieb. Der reine Zuwachs betrug 315 Invaliden. Das  
 durchschnittliche Lebensalter der in Zugang gekommenen Invaliden beim  
 Eintritt der Invalidität stellt sich bei den Krankeinfachmitgliedern auf  
 48,15 Jahre, bei den Unfallinvaliden auf 36,19 Jahre, bei sämtlichen  
 Invaliden auf 47,22 Jahre; das durchschnittliche Dienstalter bei den  
 Krankeinfachmitgliedern auf 29,0 Jahre, bei den Unfallinvaliden auf 17,09  
 Jahre, bei sämtlichen Invaliden auf 28,07 Jahre. Von den 594 ab-  
 gegangenen Invaliden starben 528, darunter 309 mit Hinterlassung von  
 anspruchsberechtigten Ehefrauen und 118 mit Hinterlassung von  
 anspruchsberechtigten Kindern; infolge rechtskräftiger  
 Reaktivierung schieden aus 66, und aus anderen Gründen keine. Das  
 durchschnittliche Lebensalter der sämtlichen verstorbenen Invaliden betrug  
 61,41 Jahre. Die durchschnittliche Pensiondauer der Ber-  
 storbenen belief sich auf 12,76 Jahre. An Witwen waren am Jahres-  
 anfang 6423 vorhanden mit einem durchschnittlichen Lebensalter von  
 57,38 Jahren; im Laufe des Jahres sind in Zugang gekommen: von  
 verstorbenen Männern 148, von verstorbenen Invaliden 309, zusammen  
 457, mit einem durchschnittlichen Lebensalter von 50,29 Jahren. In

Abgang gekommen sind 280 Witwen und zwar durch Tod 812, durch  
 Wiederverheiratung 66, aus anderen Gründen 2. Mehr zugegangen  
 sind demnach 77 Witwen. Der Bestand zu Ende des Jahres stellte sich  
 auf 6600 Witwen. Das durchschnittliche Lebensalter der verstorbenen  
 Witwen betrug 68,66 Jahre, die durchschnittliche Pensiondauer  
 15,09 Jahre; bei der Wiederverheiratung betrug das durchschnittliche  
 Lebensalter 82,48 Jahre, die durchschnittliche Pensiondauer 4,02 Jahre.  
 An Waisen waren zu Anfang des Jahres vorhanden: 4675 Halbweisen  
 und 481 Vollweisen. Es kamen in Zugang: 708 Halbweisen und 109  
 Vollweisen; in Abgang kamen 689 Halbweisen und 96 Vollweisen.  
 Der Bestand zu Ende des Jahres stellte sich demnach auf 4789 Halb-  
 weisen und 445 Vollweisen und der reine Zuwachs auf 64 Halbweisen  
 und 14 Vollweisen. An Krankeinfachmitgliedern waren vorhanden:  
 Zu Anfang des Jahres 60 968, zu Ende des Jahres 53 954, im Durch-  
 schnitt 57 461; im Laufe des Jahres erkrankten 82 048. Von je 100  
 der im Durchschnitt vorhanden gewesenen Mitglieder erkrankten 14. Zu  
 dem im Laufe des Jahres erkrankten waren noch die am Schluß des  
 Vorjahres vorhandenen 1688 Kranken hinzuzurechnen, so daß die  
 Gesamtzahl der im Jahre 1909 überhaupt behandelten Krankheitsfälle  
 sich auf 88 986 belief. Die Zahl der im Laufe des Jahres entschädigten  
 Krankentage belief sich auf 804 942 Tage. Auf einen Krankheitsfall  
 entfielen demnach 18,0 Krankentage. Im Jahre 1909 beliefen sich die  
 Einnahmen bei der Krankenkasse auf 2 197 620 Mk., bei der Pension-  
 kasse auf 13 397 282 Mk., bei der Invalidenversicherungskasse auf  
 1 158 423 Mk.; die Ausgaben bei der Krankenkasse auf 2 308 950 Mk.;  
 bei der Pensionkasse auf 12 088 861 Mk., bei der Invalidenversicherung-  
 kasse auf 1 152 030 Mk. Mitteln war bei der Krankenkasse ein Zuschuß  
 von 106 330 Mk., bei der Pensionkasse ein Ueberzuschuß von 1 308 481 Mk.,  
 bei der Invalidenversicherungskasse ein Ueberzuschuß von 6393 Mk. zu  
 verzeichnen. Das Vermögen des Knappschäftvereins betrug bei der  
 Krankenkasse 184 420 Mk. gegen 160 604 Mk. im Vorjahre, bei der  
 Pensionkasse 19 244 345 Mk. gegen 17 308 107 Mk. im Vorjahre, bei  
 der Invalidenversicherungskasse 4 554 207 Mk. gegen 4 157 281 Mk. im  
 Vorjahre, zusammen 28 082 072 Mk. gegen 26 528 882 Mk. im Vorjahre.  
 Es ergibt sich demnach eine Vermögensvermehrung bei der Krankenkasse  
 von 123 420 Mk., bei der Pensionkasse von 1 936 288 Mk., bei der  
 Invalidenversicherungskasse von 386 926 Mk., zusammen 2 456 590 Mk.

### Mißstände auf den Gruben.

#### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide Enschker-Lippe. Ein recht schneidiger Beamter ist hier der  
 Betriebsführer Basing. Mit Maßregelungen und anderen Einschüch-  
 tungen glaubt er den Bergarbeitern den Gebrauch ihres gesetzlich er-  
 laubten Vereinigungsrechtes verweiden zu können. So hat er in letzter  
 Zeit verschiedene Bergarbeiter zu sich rufen lassen und ihnen ange-  
 deutet, falls sie sich agitatorisch für den alten Verband betätigen,  
 werden sie sich um andere Arbeit umsehen müssen, er könne sie nicht ge-  
 brauchen. Wir müssen gegen diese Bevormundung, die sich der Herr  
 über die Bergarbeiter erlaubt, protestieren. Die Arbeiter sind keine  
 unmündigen Kinder, sie sind nur so weit verpflichtet, wie ihr Arbeits-  
 verhältnis geht, in ihre Organisationsarbeit außer dem Betriebe hat  
 der Herr nichts hineinzuwerfen. Die Arbeiter bevormunden den Herrn  
 auch nicht, welcher Organisation er sich anschließen soll. Vielleicht hat  
 ihm die letzte Knappschäftswahl in dem Sprengel 347 der Besondere  
 noch mehr auf die Beine gegen den Verband gebracht, wo der Ver-  
 bandsstandpunkt demnach so viel Stimmen auf sich vereinigte, wie der  
 Zechenstandpunkt mit dem christlichen Gewerbeverein zusammen. Und das  
 findet nicht sein Wohlgefallen. Solche Kandidaten aufzustellen,  
 die das Wohlgefallen des Betriebsführers oder der Zechen finden, das  
 überlassen wir dem Zechengewerksverein. Die Knappschäftswahl  
 findet nur zur Vertretung der Bergarbeiterinteressen statt, die Herren  
 Zechenvertreter haben dieselbe Vertretung durch ihre Vertreter im  
 Knappschäftsvorstande, wie die Bergarbeiter. Der glaubt denn der  
 Herr, wir würden seinen Treiben gegen den Verband ruhig zusehen?  
 Dann tret er sich gewaltig. Wir müßten kein Wort in den Ähren und  
 kein Herz für die Bergarbeiter haben. Empfinden möchten wir dem  
 Herrn, den Mißständen, die in seinem Betriebe herrschen, mehr Auf-  
 merksamkeit zu schenken, vor allen Dingen den Lampen, damit die  
 Arbeiter, wenn sie ansahen wollen, nicht hausenweise bei der Lampen-  
 ausgabe stehen brauchen und ihre Lampen von neuem in Ordnung  
 setzen lassen müssen. Dann ist schon öfters vorgekommen, daß Leute  
 bis 5 Minuten vor 6 Uhr an der Zeilfahrt waren, trotzdem aber nach  
 Haus geschickt wurden, weil sie nach Ansicht der Beamten zu spät ge-  
 kommen sind. Und so gibt es noch andere Mißstände, denen der Be-  
 triebführer seine Aufmerksamkeit schenken sollte, anstatt die Arbeiter  
 zu bevormunden.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Partels gegen Büscher.

Daß Neujahrungen, die man gelegentlich in Fremdstreifen ge-  
 braucht, manchmal noch nach Jahren als Waffe benutzt werden, zeigte  
 sich recht deutlich in einer Privatklage, welche vor kurzem vor dem  
 Unnaer Schöffengericht zur Verhandlung gelangte und die unser Be-  
 zirksleiter Partels-Dortmund gegen den Bergmann W. Büscher in  
 Wiede angeklagt hatte. Nachdem ein vom vorstehenden  
 Richter vorgeschlagener Vergleich von den Parteien abgelehnt worden  
 war und der Vertreter des Privatklägers erklärt hatte, daß sein Klient  
 auf eine Verurteilung des Angeklagten wenig Wert lege und der Be-  
 klagte Widerklage erhoben hatte, wurde in die Beweisaufnahme ein-  
 getreten, welche folgenden Schnepferkern ergab: Gelegentlich einer Berg-  
 arbeiter-Jahrestellerversammlung in Wiede, welche am 20. März statt-  
 fand, wurde vorher eine Kommissionsitzung abgehalten, welche sich  
 auch mit dem Ausschluß der Bergleute Gustab und Wilhelm Büscher  
 zu beschäftigen hatte. In dieser Kommissionsitzung erhob daraufhin  
 Gustab Büscher gegen den anwesenden Bezirksleiter Partels den Vor-  
 wurf, letzterer habe von seinem Bruder Wilhelm B. einen Schinken ge-  
 schenkt haben wollen, hätte er denselben erhalten, so hätte Partels das  
 Ausschlußverfahren nicht beantragt.

Der ebenfalls anwesende Wilhelm Büscher wurde, da G. Büscher  
 schleunigt das Total verließ, über diese Neujahrung zur Rede gestellt  
 und erklärte, was sein Bruder gesagt habe, sei nicht wahr! In der  
 anschließenden Versammlung wurde die Schinken-Angelegenheit eben-  
 falls angeschnitten und Partels fragte W. Büscher, ob er von ihm  
 einen Schinken geschänkt verlangt hätte. Da W. Büscher nimmer  
 erklärte: „Ja und tausendmal ja“, so soll Partels in begeistelter Er-  
 regung die Worte: „Du Lump, du Lügner, wenn ich nicht Bezirks-  
 leiter wäre!“ gebraucht haben. Aus diesem Vorgange ist nun die  
 Privatklage und die Widerklage entstanden. Wie der Vertreter des  
 Privatklägers, Rechtsanwalt Franz I. mittelste, hat der Privatkläger,  
 Partels in der Familie des W. Büscher schon seit Jahren freundschaftlich  
 verkehrt und da im Jahre 1907 oder 1908 zu Büscher gefaßt,  
 er solle ihm einen Schinken überlassen, worauf Büscher antwortete,  
 ob ich ihn dir verkaufe oder einem andern, bleibt sich gleich. Schon  
 daraus, daß fragliche Neujahrung schon mehrere Jahre zurückliegt, gehe  
 doch hervor, wie unwahrscheinlich es sei, wenn der Beklagte behauptet,  
 Partels habe, wie durch die Zeugen übereinstimmend behauptet wurde,  
 von dem Schinkenbesitzer die Wiederwahl des Büscher zum Knappschäfts-  
 ältesten abhängig gemacht. Überigens gab der Vertreter des Beklagten  
 selbst zu, fragliche Neujahrung sei schon im Jahre 1908 gefallen. Zu  
 der Verhandlung war ein umfangreicher Zeugenapparat aufgeboden,  
 doch konnten die meisten Zeugen nur über die Vorgänge in der Kom-  
 missionsitzung und in der Jahrestellerversammlung berichten, während  
 die unendlich vernommenen Zeugen Bergmann Gustab Büscher (dieser  
 scheint die Triebfeder der ganzen Angelegenheit zu sein) und Frau  
 W. Büscher natürlich zugunsten des Privatklägers ausgingen. Nicht  
 uninteressant war die Aussage des Bergmanns Karl Golle, welcher  
 jetzt noch genau wissen wollte, daß ihm vor mehreren Jahren ausge-  
 rechnet an einem Zahltag in der Grube von Wilhelm Büscher erzählt  
 worden sei, „Partels habe einen Schinken geschänkt verlangt und er  
 (Bücher) wäre auch bald so berückt gewesen, aber seine Frau habe  
 nicht gewollt“. Wie trotz der ganzen Sachlage und der Zeugenaussage  
 das Unnaer Schöffengericht zu einer Freisprechung des W. Büscher  
 gelangen konnte, ist nicht klar ersichtlich. Daß Partels mit seiner an-  
 geblichen Neujahrung: „Du Lump, du Lügner, wenn ich nicht Bezirks-  
 leiter wäre!“ eine formale Beleidigung ausgesprochen hat, läßt sich  
 andererseits nicht abstreiten, obwohl auch diese Behauptung bestritten  
 wird. Jedenfalls wird der Dortmund-Strammer noch Gelegen-  
 heit gegeben werden, das Unnaer Schöffengerichtsurteil, das auf 30

Karl Weidhage für Parteilos und Freisprechung für W. Wücher lautete, nachzuprüfen.

Ueber die Verhandlung meiner Klage gegen den Knappschaftskassen... Wücher zu Wücher bringt die „wahrheitsliebende“ bürgerliche Presse...

Nur eins sei schon jetzt zur Charakteristik der „Objektivität“ des... Verichtsberichts der bürgerlichen Presse hier angeführt: Vier Zeugen...

Zur Steuer der Wahrheit.

In einem Leitartikel des Organs des Girsch-Dunderschen Gewerkschafts...

Des weiteren soll ich gesagt haben, daß der Gewerkschafts...

Gegenüber dieser höchst unehrenhaften Berichterstattung stelle ich fest, daß ich derartige Behauptungen gegenüber dem G.-D. Gewerkschaft...

Zu der Wahlrechtsfrage im Knappschaftsverein habe ich gesagt, daß die christlichen Kreise für die Verschlechterung des Wahlrechts...

Diese meine Ausführungen, die ich hier sinngemäß wiedergegeben habe, halte ich trotz des Geschreibels des „Der Bergarbeiter“...

Eine neue Organisation

sollte am Sonntag in Erle das Licht der Welt erblicken. Dort hatte ein unorganisiertes Schichtarbeiter von Beche Wismar eine öffentliche Versammlung für die „Arbeiter aller Berufe“...

Man sollte es kaum für möglich halten, daß sich die Herren — denn um etwas anderes handelt es sich hier nicht — jetzt mit ihren unüberwindlichen Herborwagen, nachdem bei den Sicherheitsmännern...

Hannover, Braunschweig, Essen-Lippe.

Konferenz der Schaumburg-Lippes Bergarbeiter.

Am Sonntag, den 25. September, fand in Heidbrunn eine vom heutigen Bergarbeiterverband einberufene Konferenz der Vertrauensleute, Knappschaftsältesten und Arbeiterausschüßmitglieder...

- 1. Entscheidung zur Lohnfrage auf dem Gesamtsteintohlenwerk Clausthal. 2. Entscheidung zur bevorstehenden Generalversammlung des... 3. Die Aufgaben der Sicherheitsmänner. 4. Agitation und Organisation. 5. Bestenverhältnisse und Bericht über den Stand der...

Der dritte Punkt der Tagesordnung weist Kamerad Reddigan... auf die unzureichend niedrigen Löhne, die der Vater Staat den...

fortgesetzt gestiegenen Lebensmittelpreise, Steuern u. dergl. als... gelder bezeichnet werden. Betrachtet man die jetzt unerschwinglichen...

In der nun folgenden Diskussion werden die Ausführungen des Referenten noch ergänzt und betont, daß es, so wie es jetzt geht, nicht mehr weiter gehen könne.

Die Konferenz der Vertrauensleute, Knappschaftsältesten und Arbeiterausschüßmitglieder in Heidbrunn am 25. September 1910 erklärt die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem Gesamtsteintohlenwerk...

Zum zweiten Punkt nimmt Kamerad Witt aus Wochum das Wort und weist darauf hin, daß im Clausthaler Knappschaftsverein noch immer ein paar Kaufend-Invaliden auf die Auszahlung der Reichsinvalidenrente warten...

Die Generalversammlung des Hauptknappschaftsvereins zu Clausthal beschließt, daß § 67 der Satzung folgende Fassung erhält: Den Invaliden, die vor dem 1. Januar 1908 invalide geworden sind, wird die Reichsinvalidenrente bezogen...

Die Konferenz berurteilt, daß auf dem Gesamt-Steintohlenwerk Oberkirchen die Förderleute mit dem Abzug der Schiffe bekrant werden, wodurch eine Reihe Unfälle herbeigeführt worden sind...

Zum dritten Punkt, die Aufgaben der Sicherheitsmänner, weist Kamerad Witt darauf hin, daß nach dem Wunsch der Grubenbesitzer die Einrichtungen der Sicherheitsmänner weiße Salbe bleiben sollen.

Die Konferenz berurteilt, daß auf dem Gesamt-Steintohlenwerk Oberkirchen die Förderleute mit dem Abzug der Schiffe bekrant werden, wodurch eine Reihe Unfälle herbeigeführt worden sind...

Ein weiterer Antrag, wonach die Dauer Förderarbeit nicht vermindert werden soll, wird der Bezirksleitung zur geeigneten Erledigung überwiesen.

Table with 3 columns: Einnahme, Ausgabe, and a sub-column for Einnahme. Rows list months from January to August with corresponding values.

Mithin Kassenbestand: 847,71 Mk. Die Ausgaben setzten sich wie folgt zusammen. Persönliche Agitation: 68,10 Mk., sachliche Agitation: 114,25 Mk., Parteilohnbeitrag: 65,02 Mk., Ortsgeheim: 1,50 Mk., sonstige Ausgaben: 60,85 Mk.

Der Vorsitzende betonte zum Schluß, daß es in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich gewesen sei, die umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Es habe die sehr sachliche Diskussion hierzu beigetragen.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Auslegung des Reichsvereinsgesetzes.

Die Strafkammer zu Halle a. S. hatte sich kürzlich mit einer Angelegenheit des Reichsvereinsgesetzes beschäftigt. Als Einberufer einer Bergarbeiterversammlung, die am 22. Mai unter freiem Himmel im Hofe eines Grundstücks in Ranea stattfand...

Dazu sei bemerkt, daß die beiden Gendarmen, die die beabsichtigte Versammlung überwachen wollten, auch einer Eskapade verhaftet worden sind.

Das Gericht hat in seinem Urteil angenommen, daß die Versammlung unter freiem Himmel nicht bloß beim Versuch geblieben ist, sondern bereits stattgefunden habe.

Königreich Sachsen.

Ist dem früheren Bezirksleiter Joachim Unrecht geschehen?

Wiederholt wurde uns in letzter Zeit mitgeteilt, daß der frühere Bezirksleiter Hugo Joachim in Mitgliederkreisen und Bergarbeiterverbänden bitter Unrecht zugefügt worden, indem man ihm feindliche Postens als Bezirksleiter entsetzt habe.

Die Belegschaft hatte sich einige Wochen vorher dem Verbanne angeschlossen, kein einziger war drei Monate organisiert, trotzdem mußte nach Ansicht Joachims, obgleich die in Frage kommende Kameradschaft wenig oder nichts für die Organisation geleistet hatte, gestreikt werden...

Joachim wurde dann wegen Unterschlagung unter Anklage gestellt, und war es selbigen am Gerichtsstelle nicht möglich, sich reinzuwaschen.

Der Vorstand trägt an der Bestrafung keine Schuld, dieselbe ist vielmehr auf die laodhrige Geschäftsführung Joachims zurückzuführen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Polizeiliche Warnung vor einer Schwindelkass.

Trotz aller Warnungen durch die Arbeiterpresse fallen immer wieder Leute auf das Werben gewissenloser Agenten für Schwindelkassen herein.

Die „Justitia“, Kranken- und Begräbniskasse für Deutschland in Breslau, die unter dem 16. Oktober 1906 als eingetragene Hilfskasse zugelassen worden ist und deren Tätigkeit sich über das ganze Deutsche Reich erstreckt...

Hierzu kommen in den Bezirken der vormaligen Knappschaffs-Pensionskassen noch die bekannten Zuschläge, die nach § 44 Abs. 1 und 4 des Statuts erhoben werden und einzelne Werke immer noch bedeutend belasten. So müssen z. B. die armen Erzbergarbeiter jetzt noch von 90—125 Prozent Zuschlag zahlen. Die Werke Sohndorf zu Sohndorf haben 31, Vereinigfeld 14, Augauer Steinkohlenbauverein 35, Gottes-Segen zu Lugau mit Augustafacht 42, Bürger Werke 103, König, Steinkohlenwerk Zaukerode 74, Erzgeb. Steinkohlen-Aktienverein 82, Zwickauer Bürgergenossenschaft 35 und Zwickauer Steinkohlenbauverein 100 Prozent zahlen.

In diesen Zahlen sind die Sünden der früheren Werksverwaltungen und der Bergbehörde zu suchen, die sie sich auf Knappschafflichen Gebieten haben zuschulden kommen lassen. Das Bestreben, möglichst wenig Beiträge für die Arbeiter zu bezahlen, ist immer ein Lieblingsgedanke der Werksbesitzer gewesen. Und heute? Beharrlich haben sich bis jetzt die Werksbesitzer geweigert, höhere Beiträge zu leisten, weil der sächsische Bergbau eine weitere Belastung nicht ertragen könnte. Die oben abgedruckten neuen Beitragsätze lagen schon der am 21. Mai d. J. stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung als Ezentualantrag vor. Damals schon haben wir diesen Entwurf als Schreckbild gegen die oppositionellen Kerkelsten bezeichnet, und es ist eigentümlich, daß man denselben nicht zur Veratung und Beschlußfassung gestellt hat, nachdem der große Entwurf zu Grabe getragen worden war. Die Beitragserhöhung, welche nun der Generalversammlung als Kostprobe vorgelegt werden soll, ist dermaßen zubereitet, daß ein vernünftiger Arbeitervertreter nicht anbeissen kann. Man kann diesen Versuch direkt als eine Schikane auffassen. Dieselbe Kassenverwaltung, die doch die früheren Berechnungen gemacht hat, kommt jetzt her und verlangt bei gleichbleibenden Bestimmungen der Kasse eine so horrende Erhöhung der Beiträge. Will man vielleicht damit Stimmung machen für Annahme des Statutentwurfs der Verwaltung? Die Verwaltung schreibt in ihrem neuesten Geschäftsbericht:

„Sollte auch diese Beitragserhöhung von der Generalversammlung abgelehnt werden, so würde der Aufsichtsbekörbe vorbehalten sein, Maßnahmen zu treffen, durch die der Beitragtrag der Kasse seine Deckung findet.“

Diese Maßnahmen beständen nur darin, daß man die Kasse mit einem Zwangsstatut beglücke. Nach unserer Meinung hätte man auch anders urteilen können, nämlich, daß nun versucht werden müsse, eine Einigung herbeizuführen, auf deren Grundlage es beiden Teilen möglich ist, einen neuen Statut ihre Zustimmung zu geben. Die Werksbesitzer haben früher schon von den Arbeitern Entgegenkommen gewünscht, damit man sich auf einer mittleren Linie einigen könne. Die Arbeitervertreter haben in der Frage der Rentenregelung damals Entgegenkommen gezeigt. Sie erklärten sich bedingungsweise einverstanden, daß die bisherige IV. Klasse mit in die neue I. Klasse kommen sollte. Dieses sollte nur dann geschehen, wenn in der ersten Hälfte der bekannten Rentenskala die aufgeführten 59 Altersjahre in 59 Dienstjahre umgewandelt werden, damit jedes Mitglied bei gleich langer Mitgliedszeit auch gleich hohe Renten erhalten solle. Das war ein ganz bedeutendes Entgegenkommen der Arbeiter. Die Werksbesitzer haben es abgelehnt, das gleiche zu tun. Aufgabe der Kassenverwaltung und Bergbehörde wäre es, um diesen Feinden jedes sozialen Fortschritts zu sagen, daß sie sich schämen sollten, wenn sie nicht einmal das zahlen wollen für ihre Arbeiter, zu dem die Letzteren sich bereit erklärt haben. Wenn allerdings die Verwaltung der Allgemeinen Knappschaffs-Pensionskasse den Standpunkt vertritt, daß, sollen die Kosten der Versicherung nicht ins Ungemessene steigen, so muß eine gewisse Beschränkung in der sozialen Forderung Platz greifen, den sächsischen Bergarbeitern bei ihren jetzigen Renten noch Beschränkung zu empfehlen, ist das eine Zumutung, die nur der aussprechen kann, der von den Lebensverhältnissen der Invaliden keine blaue Ahnung hat. Die Bergarbeiter aber fordern wir auf, ihren Vertretern aus Herz zu legen, dieser beabsichtigten Erhöhung der Beiträge ohne Gegenleistung die Zustimmung am 15. Oktober zu verweigern. Mögen, um mit Herrn Hofrat Müller zu sprechen, die Beratungen über diese wichtige Frage auf der nächsten Generalversammlung „vom Geiste der Gerechtigkeit und Verschöpfung getragen sein“, dann werden auch die Arbeiter ihre Zustimmung geben können. Das dürfen aber niemals die jetzt vorgesehenen Beitragsätze sein.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

**Von den wirklichen Herren unserer Zeit.**

Während die Arbeiter unter der allgemeinen Teuerung schwer zu leiden haben, strömt den wirklichen Herren unserer Zeit ein immer der Polizeikommissar des Ortes, ein Polizeibeamter und ein Detektiv als Zeugen gegen ihn. Der Redakteur hielt seine eigene Verteidigungsrede, wonach sich der Gerichtshof zurückzog, um die Entscheidung zu fällen, und das Resultat war, daß das Strafmandat der Polizeibehörde aufgehoben wurde. Wir konnten nicht umhin, den veränderten Ton des Richters und der offiziellen Zeugen in diesem Falle wahrzunehmen. War dieser Ton in den ersten Fällen barsch und befehlend, so verwandelte er sich hier in rücksichtsvolle Zuvorkommenheit. Als wir den Gerichtshof verließen, fragten wir nach dem Grunde dieses plötzlichen Wechsels. Man erklärte uns, daß die Arbeiterchaft des Ortes vor ungefähr zwei Jahren einen Prozeß mit der Polizei hatte, in dem sie den berühmten Rechtsanwalt Heine von Berlin kommen ließ, der verschiedenen Leuten eine heilsame Lektion erteilt zu haben schien, deren Folgen wir eben bemerkt hatten.

Nachdem wir den Gerichtshof mit unseren Freunden verlassen hätten, gingen wir nach einem benachbarten Hause eines Unterbeamten des Bergarbeiterverbandes. Die Wohnung dieses Beamten befand sich im ersten Stockwerk und bestand aus einer Küche, Stube, einem Schlafzimmer und einem kleinen engen Raume, der als Bureau verwendet wurde. Die Miete betrug 32 Mark den Monat, wozu jedoch die direkten Steuern gerechnet werden müssen \*\*).

\*\* Der preussische Landtag ist die Legislativ-Kammer des größten Bundesstaates des deutschen Reiches. In Preußen liegt das Rheinisch-westfälische Kohlengebiet und Preußen enthält auch 90 Prozent der deutschen Erden. Im Gegensatz zu dem deutschen Reichstag, das Zentralparlament des deutschen Reiches, das aus Grund des allgemeinen gleichzeitigen Wahlsystems gewählt wird, steht der preussische Landtag aus Abgeordneten zusammen, die nach einem sehr beschränkten Wahlrecht gewählt werden, und dieser Landtag ist folglich sehr reaktionär in seiner Zusammenfassung. Da nun der Reichstag in Sachen der Berggesetzgebung keine Macht hat, diese Macht vielmehr von dem Parlament der Bundesstaaten besessen wird, so hat die große Masse der deutschen Bergarbeiter (ungefähr 500 000), die meist in Preußen leben, ein großes Interesse an der demokratischen Reform des preussischen Landtages.

\*\* Es muß hier erwähnt werden, daß unsere beiden englischen Kameraden Emille und Dionis beide dem Laien-Richtertum angehören. Sie sind beide Friedensrichter, wie die meisten bekannten englischen Arbeiterführer, und versehen somit in ihrem Heimatlande die Funktionen, die in Deutschland dem unteren Strafrichter obliegen. (D. N.)

\*\* In Deutschland werden die Staats- und Gemeindefiskus nicht nur von den Hausbesitzern gezahlt, sondern auch von allen Lohnarbeitern über 16 Jahren. Mit Ausnahme Elsaß-Lothringens und der beiden Rheinländer hat jeder deutsche Staat eine Einkommensteuer, zu der sehr niedrige Einkommen herangezogen werden. Die Einkommensteuer werden prozentual nach der geschätzten Einkommensteuer berechnet. In Preußen, Baden, Braunschweig, Bremen und Hamburg sind alle Einkommen über 900 Mark der Einkommensteuer unterworfen. Das von der Einkommensteuer nicht berührte Mindesteinkommen ist in anderen Staaten des Reichs viel niedriger: In Sachsen-Meiningen, Anhalt und Sibirien ist es 600 Mk., in Bismarck, Hessen, Sachsen-Meiningen ist es 500 Mk., in Sachsen-Altenburg, Preußen, in Schwarzburg-Rudolstadt ist es 450 Mk., in Sachsen und Oldenburg ist es 400 Mk., in Schwarzburg-Rudolstadt ist es 350 Mk., in Bayern, Schwarzburg-Sondershausen, Sachsen-Gotha, Baden und Württemberg ist es 300 Mk. und in Preußen ist es 150 Mk. hoch.

gewaltiger anwachsender Reichtum zu; das zeigt uns wieder in trodenen Zahlen die Verarbeitung der Geschäftsabschlüsse der deutschen Banken im Jahre 1909, die Robert Franz im „Deutschen Oekonomisten“ veröffentlicht hat und die jetzt als besondere Schrift erschienen ist. Selbstverständlich haben die deutschen Banken im letzten Jahre wieder ihre Machtstellung in unserem Wirtschaftsleben noch weiter vergrößert. Die Zahl der Banken ist zwar von 214 auf 218 zurückgegangen, dagegen sind die eigenen Mittel der Banken von 4672,1 Millionen Mark auf 4842,2 und die eigenen und fremden Kapitalien der Banken von 27 560 Millionen Mark auf 29 390 gestiegen. Dabei sind fast nur Banken mit mindestens einer Million Mark Aktienkapital berücksichtigt, weil die kleineren Banken ohne Bedeutung in dieser Beziehung sind.

Von den Banken sind 168 Kreditbanken für eigenes und fremdes Kapital ist von 12 661,5 Millionen Mark auf 13 780,4 gestiegen. Davon kam ungefähr die Hälfte auf die neun Berliner Großbanken, deren Kapital von 6333 Millionen Mark auf 6852 gestiegen ist. In Wahrheit aber ist der Einfluß der neun Berliner Großbanken ein viel größerer. Tatsächlich, so bemerkt zu den angeführten Zahlen der Verarbeitung der Geschäftsabschlüsse, ist ein viel größerer Teil des gesamten Bankkapitals dem Einflusse der neun Berliner Großbanken unterstellt. Die mit diesen Banken in irgend einer Form der Interessengemeinschaft verbundenen Provinzialbanken sind zwar formell selbständige Institute, aber sie gehören doch zu einem Konzern, in dem die betreffende Großbank den Mittelpunkt darstellt. So umfaßt das Kapital der Gruppe der

Deutschen Bank . . . . .	4029	Millionen, gegen
Dresdener Bank . . . . .	3878	im Vorjahre, gegen
Disconto-Gesellschaft . . . . .	1550	im Vorjahre, gegen
U. Schaaffhausenscher Bankverein . . . . .	1261	im Vorjahre, gegen
Bank für Handel und Industrie . . . . .	2202	im Vorjahre, gegen
Commerz- und Diskontobank . . . . .	2087	im Vorjahre, gegen
Mitteldeutsche Kreditbank . . . . .	874	im Vorjahre, gegen
Nationalbank für Deutschland . . . . .	875	im Vorjahre, gegen
Berliner Handelsgesellschaft . . . . .	1009	im Vorjahre, gegen
	919	im Vorjahre, gegen
	434	im Vorjahre, gegen
	384	im Vorjahre, gegen
	201	im Vorjahre, gegen
	170	im Vorjahre, gegen
	400	im Vorjahre, gegen
	334	im Vorjahre, gegen
	487	im Vorjahre, gegen
	570	im Vorjahre, gegen

Die neun Großbanken verwalten also Ende 1909 zusammen mit den ihnen angegliederten oder befreundeten Instituten ein Gesamtkapital von 11 276 Millionen Mark gegen 10 557 Ende 1908. Das sind rund 88 Prozent des gesamten von allen Banken verwalteten Kapitals. Mit diesem Kapital beherrschen sie die großen Unternehmungen in der Industrie und im Handel. Diese Herrschaft muß das Volk teuer bezahlen. Der Bruttogewinn der Banken betrug im letzten Jahre

637,48 Millionen Mark gegen
611,32 " " im Vorjahre und
145,71 " " im Jahre 1898.

Davon wurden als Dividenden an die Aktionäre gezahlt im letzten Jahre:

285,00 Millionen Mark gegen
277,15 " " im Vorjahre und
84,95 " " im Jahre 1898.

Das arbeitende Volk sieht hieraus, wie sich der Reichtum unserer Zeit immer mehr in der Hand einer kleinen Clique anhäuft. Wenn auch das Volk unter dem Druck der Teuerung noch so sehr hungert; die Bankherren stecken immer mehr Millionen als Profit ein. Dabei haben sie so gut wie gar keine Gefahr für ihren Reichtum zu befürchten. Vergleichen wir die Durchschnittsdividende aller Banken vom Jahre 1898 ab, so finden wir die niedrige Dividende (8,02 Proz.) im Jahre 1901 und die höchste im Jahre 1899 (8,21 Proz.). Im letzten Jahre betrug sie 7,74 Proz. Die Schwankungen sind sehr gering; die Aktien der Banken sind sichere Papiere. Am besten liegen natürlich die Großbanken. Ihre Dividenden sind noch höher als der Durchschnitt für alle Banken.

Bezeichnend ist auch, daß, wie der Arbeiter der Geschäftsberichte mit Recht hervorhebt, die Großbanken ihre Tätigkeit mehr und mehr auf das Ausland ausdehnen. So hat die Dresdener Bank sich an der Übernahmeh einer neuen Aktienemission der Banque S. Alard & Co. in Paris stark beteiligt. Dies hat die Bank in ihrem Geschäftsbericht mit dem F. weist darauf gerechtfertigt, daß sie ihre gute Entwicklung im letzten Jahre unter anderem der Erweiterung ihrer Beziehungen zum Auslande verdanke und daß sie deshalb auf diesem Wege weiter fortschreiten wolle. Die Deutsche Bank hatte gegen Ende 1909 unter Übernahme des Bankhauses Balsas & Co. in Brüssel eine neue Filiale errichtet. Die Nationalbank für Deutschland hat sich die Ausgestaltung ihrer Beziehungen zum Auslande ebenfalls angelegen sein lassen, indem sie in engere Geschäftsverbindung mit dem Credit Mobilier Français trat, der unter ihrer Mitwirkung sein Kapital von 25 Mill. Francs auf 45 erhöht hat. Eine größere wirtschaftliche Annäherung an das kapitalreiche Frankreich, heißt es in der Besprechung dieser Erscheinungen, ist schon lange unferer Bankwelt als wünschens- und erstrebenswert erschienen. Nachdem sich die politischen Beziehungen zu unserem westlichen Nachbar seit Jahresfrist offenbar wesentlich günstiger gestaltet hatten erachteten die Herrenbarone den Zeitpunkt für gekommen, um praktische Schritte nach jenem Ziele zu tun. Auch die Prüssler Filiale der Deutschen Bank dürfte in dem kommerziell und industriell in sehr guter Entwicklung befindlichen Belgien eine fruchtbar Tätigkeit entfalten können. Das klingt ganz anders als die „patriotischen“ Nebenarten von dem „Schutze der nationalen Arbeit“, mit denen die Bollwucherer ihre schamlose Ausplünderung des arbeitenden Volkes zu beschönigen suchen und als die „patriotischen“ Hebräen gegen das Ausland zur Rechtfertigung immer größerer Ausgaben für den Militarismus und Marinismus.

Schließlich sei auf eine neue Sorge hingewiesen, die den bürgerlichen Sozialpolitikern die Entwicklung der Großbanken und ihres Einflusses auf unser ganzes wirtschaftliches Leben bereitet: die Sorge, daß einmal die Leute fehlen könnten, die geeignet sind, die Großbanken zu leiten. Wenn derartige Persönlichkeiten fehlen, so liegt das, verifiziert der sehr sachkundige Arbeiter des Materials, in hohem Grade am Schlimmen. Es sei eine dauernde und auch berechtigende Klage der Beamten, daß es selbst für den Strebsamsten und Tüchtigsten, wenn er sich keiner „Konnexionen“ zu erfreuen hat, fast unmöglich ist, nach oben zu kommen, einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Position zu erlangen. Werden leitende Stellen frei, so werden sie immer häufiger besetzt aus den Kreisen der höheren Staatsbeamten, die meist in verwandtschaftlichen Beziehungen zu Verwaltungsmitgliedern der Banken stehen. Es sei nicht zu verkennen, daß die ganze Entwicklung der Großbanken einen Zug ins Bürokratische aufweist. Die Nachteile dieser Entwicklung können einmal zu einer wirklichen Gefahr werden, nicht allein für die Banken selbst, sondern für das gesamte Wirtschaftsleben.

Man darf sich nämlich nicht darüber im Unklaren sein, daß in dem Maße, in dem durch die gekennzeichnete Entwicklung die privatwirtschaftliche Initiative gelähmt wird, der Weg frei gemacht wird für die Verwirklichung sozialistischer Tendenzen, die ja überall in unserem Wirtschaftsleben zutage treten und die sich nicht in letzter Linie gegen die bestehende Organisation unserer Bankmenschen richten.“ So kann sich selbst ein bürgerlicher Sozialpolitiker, der aber einen genaueren Einblick in das Treiben der Großbanken hat, der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Entwicklung der Großbanken die „Gefahr“ des Staatssozialismus heraufbeschwört. Diese „Gefahr“ kann auch durch gute Ratschläge harter, wie die Großbanken den Interessen der Gesamtheit am besten dienen können, nicht abgewendet werden. Denn die Großbanken können sich gar nicht nach derartigen guten Lehren richten, die die bürgerlichen Sozialpolitiker schon so oft zum besten gegeben haben und immer von neuem wiederholen. Haben doch die Großbanken unter der Herrschaft des Kapitalismus gar nicht die Aufgabe, den Interessen der Gesamtheit zu dienen, sondern sie sollen in erster Linie den Bankkapitalisten einen möglichst großen Profit liefern. Das geht aber nur durch eine möglichst starke Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Deshalb müssen die Arbeiter, je mehr die Großbanken unser ganzes Wirtschaftsleben beherrschen, um so mehr dagegen aufgeschaltet werden. Jedoch begnügen sie sich nicht mit dem Staatssozialismus, sondern werden dahin streben, daß die gewaltigen wirtschaftlichen Machtmittel der Großbanken nicht nur verfaßlich, sondern auch nach dem Willen und im Interesse des arbeitenden Volkes

nubar gemacht werden. Die Entwicklung der Großbanken arbeitet den Bestrebungen der Sozialdemokratie vor, nämlich, der Ablösung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft durch die sozialistische Volkswirtschaft.

### Berggesetzgebung und Verwaltung.

Dem Herrn Minister des Innern.

Und wird geschrieben:

In seinem Leiborgan (irgend eine Industrie- und Handwerkszettelung) hat der Spekulant seinen Gesetzen; bedrückt legt er es beiseite und voll glücklicher Hoffnung schaut sein Fallensauge in die Zukunft: Denn auf dem Weltmarkt zeigt sich die stetig zunehmende Tendenz für die größere Aufnahmefähigkeit „seiner Artikel“. Sein Erwerbstrieb sieht hierin die Mahnung, die kategorisch auf ihn wirkt, sich zu betätigen, sich auszubereiten, Mutus Capter zu schwingen, jener Tendenz durch Neugründungen die Arme zu öffnen.

Aber so vielseitig und verwickelt der menschliche Organismus gestaltet ist und jede Gefühlserregung einer bestimmten Wechselwirkung zwischen Ursache und Folge unterliegt, so trifft das nicht minder für das wirtschaftliche Leben zu: Steigende Nachfrage eines Artikels erhöhen seine Produktion und bewirken je nach seinem Umfange und seiner Bedeutung die mehr oder minder starke Tätigkeit anderer Industriezweige, und erhöhen gleichzeitig die absolute Gebüternzahl und relativ die Bevölkerungszunahme. Erhöhte Stabeisennachfrage, erhöhte Stabeisennachfrage; also erhöhte Kohlennachfrage und erhöhte Kohlenförderung. Bleiben wir bei diesem Beispiel.

Der Bergherr hat bekanntlich Geld genug und warnt kühnlich darauf, es dienstbar zu machen. Was ist ihm da lieber, als eine lebendige, stetig zunehmende Nachfrage des Stabeisens? Er weiß durch längst eingezogene Gutachten genau, daß da und dort noch Kohlenflüsse der Gebung warten.

Wenn trifft er alle Vorkehrungen für seine Neugründung; gern läßt er abtaufen und steckt Millionen über Millionen herein, um möglichst schnell und reichlich zu ernten. Die Sache schreitet herein fort und endlich ist das Kohlenflöz freigelegt; Telegramme an den Minister des Handels, an die Bergbehörde! Hurra! Alles ist vereinigt zur Produktion bis auf ihren wesentlichen Faktor: den Arbeiter. Aber warum sich darüber lange Sorgen! Für Geld kann man alles haben! Leider! Zunächst wird nun versucht, trotz eines entgegenstehenden Vertrages, Arbeiter der beachtlichen Zehden heranzuziehen; dann folgt, was aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, aus Gründen, die die Betroffenen selbst angehen und nicht zuletzt aus Gründen, welche die Gesamtheit der Höheberglente hinsichtlich ihres Lohnes und aus ihrer Gebundenheit aus sicherheitstechnischen Gründen lebhaft interessieren, die Heranziehung fremder Arbeiter aus Oberschlesien und Galizien durch gewisse Lose Agenten!

Wer kennt nicht die betäubenden Ereignisse, die sich in Hamborn, Gannu i. W. und Wanne anlässlich der durch Bergwerksagenten heranzugezogenen fremden Arbeiter jugetrugten haben? Der Minister, die Vorkommnisse? Die Fälle liegen zwar vor Ihrer Antzeit. Sie können sie durch Ihre Jhnen untergebenen Behörden leicht erfahren; vor allem durch den Herrn Bürgermeister von Hamborn! Dort haben nämlich die hergeleiteten Arbeiter die Arbeit ausnahmslos verweigert, weil ihnen von den Agenten weiß Gott alles versprochen worden sei. Sie nahmen schließlich eine drohende Haltung an und wollten den Vahnhof stürmen! Die Anmachungen zwischen den Bergherren und deren Agenten bleiben im Dunkeln. Tatsache bleibt, daß die hergeleiteten Leute die Arbeit verweigern aus vielen Gründen; Tatsache bleibt, daß sie, weil der Bergherr die Zusagen der Agenten bestritten und über ihren Vertrag nichts zu erfahren ist, als von den Agenten betrogen gelitten müssen; Tatsache bleibt endlich, daß ihre Heranziehung eine erhebliche Gefahr der öffentlichen Ruhe und Sicherheit bedeutet!

Sieht man aber auch mal über das Leiborgan des Spekulanten hinweg in die Wirklichkeit, so weiß man, daß auf wirtschaftliche Fluten auch Ebben folgen. Was machen dann die hergeleiteten? Dies soll wenigstens auch angedeutet werden. Es wäre gewiß gut, wenn sich die Bergherren die Mühe gäben, neben der Leistungsfähigkeit auch nach der moralischen Qualität der Agenten zu fragen. Aber mit der Moral ist es im Erwerbsleben leider schlecht bestellt; eben darum dürfte es für die Allgemeinheit, die ein großes Interesse an der öffentlichen Ruhe und Sicherheit hat, beruhigender sein, wenn derartige Zustände durch Verordnung beseitigt werden. Das V. R. N. sagt doch (II, 17 und 18): „Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei.“

Würde die Anwerbung von Leuten z. B. an einen schriftlichen Ausweis des Bergherren geknüpft, in welchem die Zahl der anzuwerbenden Leute sowie Arbeitsvertrag und Arbeitslohn angegeben wäre und die Bekanntgabe dieses Ausweises in seinem ganzen Umfang den einzelnen Arbeitern gegenüber vorzulesen und ein Zusammenarbeiten mit empfindlicher Strafe belegt, so dürfte wohl eine Abhilfe zu erwarten sein.

Eine Polizei-Verordnung, die sich mit dieser Materie befaßt, ist bisher nicht ergangen; darum dürfte für den Herrn Minister des Innern hierin ein vollkommener Anlaß liegen, sich nach treu preussischer Tradition der Verordnungs-Freudigkeit zu betätigen. Hoffen wir es zum Wohle der Arbeiter, zum Wohle der Allgemeinheit!

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

**Die Kohlenproduktion der Welt.**

Dem englischen Parlament wird in der Regel jährlich ein Bericht über die Kohlenproduktion der Welt vorgelegt, der inzwischen erschienen ist und den Zeitraum von 1908/09 betrifft. Der Bericht, der nicht allein auf die Produktion von Steinkohl, sondern auch auf die von Braunkohl sich bezieht, gibt die Quantitäten in englischen Tons von 2240 Pfund englisch = 1015 Kilogramm an. Die Produktion im Jahre 1908 war mit Ausnahme von Braunkohl und 950 Millionen To., von denen 1/4 auf England kam, die vorhergehende Jahresproduktion (1907) ist mit einer Milliarde To., 1906 mit 905 Millionen To. angegeben. In Deutschland und Frankreich war die Produktion ständig gestiegen, und im Jahre 1900 größer als in einem der vorhergehenden Jahre; während in England und den Vereinigten Staaten die Produktion 1909 zwar größer war als 1908, aber geringer als 1907. Das Ausbringen war in

	1907	1908	1909
	To.	To.	To.
England . . . . .	267 831 000	261 520 000	268 774 000
Deutschland . . . . .	140 885 000	145 298 000	146 507 000
Frankreich . . . . .	35 411 000	36 044 000	36 654 000
Belgien . . . . .	23 324 000	23 179 000	23 182 000
Vereinigte Staaten . . . . .	428 896 000	371 288 000	390 336 000

Von den übrigen Staaten hat nur Rußland allein ein Ausbringen von über 20 Millionen To. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, hat England das höchste Ausbringen, nämlich von 6 To. pro Kopf, gegen 4 1/2 To. in den Vereinigten Staaten. Die entsprechenden Zahlen sind für Belgien 3 1/4, Deutschland 2 1/4, Frankreich weniger als 1 To. pro Kopf.

Bei der Kohlegewinnung waren beschäftigt in

England . . . . .	966 800	Mann
den Vereinigten Staaten . . . . .	690 400	"
Deutschland . . . . .	591 000	"
Frankreich . . . . .	191 100	"
Belgien . . . . .	145 300	"

Nicht alle diese Leute sind mit der eigentlichen Kohlegewinnung beschäftigt; es sind vielmehr bei den vorstehend angegebenen Zahlen auch die Bureaubeamten usw. mitgezählt. Es kommen danach im Jahre 1908 in den

Vereinigten Staaten . . . . .	541 To.	geförderte Kohle auf den Kopf des beim Kohlenbergbau Beschäftigten
England . . . . .	271 " " "	
Deutschland . . . . .	246 " " "	
Frankreich . . . . .	189 " " "	
Belgien . . . . .	160 " " "	

Der Preis der Kohle war in Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten im Jahre 1907 höher als im Jahre 1908 in England und Belgien, dagegen geringer, und zwar in letzteren Lande rund 60 Pf. pro Tonne, während in England die Differenz nur 8 Pf. betrug. Der Mehrpreis in Deutschland betrug 1907 50 Pf., in Frankreich 72 Pf., den Vereinigten Staaten 2 Pf. pro Tonne. Der mittlere Preis pro Tonne Kohle, der natürlich in den verschiedenen Ländern nicht allein durch die Qualität der Kohle, sondern auch durch die mehr oder minder

höheren Schwierigkeiten der Gewinnung die Höhe der Arbeitslöhne usw.

Table with 3 columns: Year (1906, 1907, 1908), Country (England, Deutschland, Frankreich, Belgien, Vereinigte Staaten), and Value (Mtl.).

Wucher der Löhne und den europäischen Staaten überschritten nur zwei Länder die Zahlen von 10 Millionen ausgebrachter Kohle...

Table with 2 columns: Country (England, Deutschland, etc.) and Value (Mtl.).

Der Wert der Kohle nach England betrug 1908 nur 8000 T., nach Deutschland dagegen 12 580 000 T., 1909 13 204 000 T., etwa 1/3 hiervon kamen aus England.

Table with 2 columns: Country (England, Deutschland, etc.) and Value (Mtl.).

Der Verbrauch pro Kopf in Kanada war mit 2,19 T. größer als in Deutschland. Aus einheimischer Produktion züchten von den in England 1900 verbrauchten Kohlen her:

Table with 2 columns: Country (in Amerika, Deutschland, etc.) and Percentage (100%).

Im Jahresdurchschnitt sind in Deutschland von 1905 bis 1900 etwa 0 430 000 T. eingeführt worden, von 1900 bis 1904 dagegen nur 6 485 000 T.

Table with 2 columns: Country (Deutschland, Oesterreich, Ungarn) and Value (Mtl.).

Das Ausbringen an Braunkohle in den Vereinigten Staaten ist in den Jahren für Steinkohle mit enthalten. Was die Petroleumgewinnung anlangt, so wurden in den Vereinigten Staaten rund 35 Mill. T. im Jahre 1908 und 32 Mill. T. im Jahre 1907 gefördert.

Entwicklung der Roheisengewinnung der Welt.

Im Laufe der letzten 20 Jahre nahm die Roheisengewinnung in den hauptsächlichsten Hoheisenländern der Welt der Menge nach in Millionen Tonnen folgende Entwicklung:

Table with 3 columns: Country (Vereinigte Staaten, Deutschland, etc.), Value (1880, 1909), and Increase in %.

Am intensivsten war der Fortschritt bei Rußland, dessen absolut war nicht sehr umfangreiche Roheisenproduktion in der betrachteten Zeitperiode von 20 Jahren von 0,740 auf 2,871 Mill. Tonnen oder um 288 Proz. zunehmen konnte.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Magdeburg und die „Gewerkschaftsführer“.

Wir bedauern, genötigt zu sein, hier einige Worte über einen „Nachklang“ zum sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg veröffentlichen zu müssen.

Sehr bedauerlich und sehr richtig war es die eine Entscheidung: alle bekannten Gewerkschaftsführer, die anwesend waren, wie Genosse Bräuer, nicht nur gegen die Resolution Zubeil, sondern nicht nur gegen die Resolution Zubeil im Ganzen, sondern sogar gegen die bloße Frage des badischen Disziplinbuchs...

(Nr. vom 18. August 1910) gegen Sänisch erlassene Verschuldung, er habe 1908 von Leipzig aus seine Brader Freunde aufgefordert, überall Protestresolutionen gegen den Verbandsvorstand (1) beschließen zu lassen, nicht bezüglich aufgeflickt. Zur Sache selber sei gesagt, daß die dem Parteitag ferngebliebenen „Gewerkschaftsführer“ jedenfalls wichtigere Arbeiten zu erledigen hatten.

Bemerkenswert ist auch der zuletzt zitierte Satz von K. H. Soll damit etwa eine „milde“ Anregung zu gewerkschaftlichen Disziplinbrüchen gegeben werden? War nicht auffallend ist, daß der Leipziger Delegierte Lipinski bei seiner Berichterstattung über den Parteitag laut „Leipziger Volkszeitung“ vom 28. September auch einen Augenblick gegen die „Gewerkschaftsführer“ richtete, die angeblich Disziplinbrüche von Parteigenossen beschönigten.

Siege der freien Gewerkschaften.

Am 23. September fanden in Dortmund die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse statt. Den Sieg erlitten die freien Gewerkschaften mit 2310 Stimmen gegen 1710 Stimmen der Christlichen. Wegen die vorige Wahl gewonnen die freien Gewerkschaften 782, die Christlichen 648 Stimmen.

Gedrückte Stimmung bei dem zentrumschriftlichen Metallarbeiterverband.

Anfang Juli machte der christliche Metallarbeiterverband auf seiner Generalversammlung einiges Geräusch und gefiel sich in der alligen Pose des „starken Mannes“, der als christliche Gewerkschaft „viel stärker und viel beachtet“ sei als der große rote Bruder.

„Ein Beleg dafür, wie schwer es z. B. den christlichen Gewerkschaften wird, in den Gebieten, in welchen die großen sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen einmal festen Fuß gefaßt haben, vorwärts zu kommen, ist der christliche Metallarbeiterverband, der bereits 10 Jahre besteht und trotzdem heute nur etwa 27 000 Mitglieder zählt.“

Und die W.-Glabacher „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ meinte rückwärtig über die christliche Tagung:

„Die Gesamtstellung der christlichen Gewerkschaften wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es ihr gelingt, dem Metallarbeiterverband die gleiche Stärke an Mitgliederzahl zu verschaffen, wie sie auch der Gewerkschaft christlicher Bergleute hat.“

„Wir müssen und werden“ ist es „leider“ allein noch nicht getan, es muß auch das Können hinzukommen. Das Vorbild des Zedener Gewerkschaftsbundes ist seit den letzten bergmännischen Wahlen auch nicht mehr herabzuholen, hat sich derselbe doch nach der „Sölnischen Zeitung“ als ein Berg von Klugheit erwiesen, der einem Sturm nicht standhält.“

„Wie das Resultat der gemeinsamen Aktion zwischen Gewerkschaften und Arbeitervereinen vor zwei Jahren gezeigt hat, ist die übergroße Mehrheit der Arbeitervereinsmitglieder für die Gewerkschaften nicht zu haben.“

„Nun will man es also trotzdem noch einmal versuchen, ob mit besserem Erfolge, ist mehr als fraglich.“

„Nach der anderen Richtung hin scheint es, als ob es auch dem christlichen Metallarbeiterverband noch weniger als früher gelingen wird, sich von seiner „Wingelheit“ gegenüber dem „großen roten Bruder“ loszumachen.“

„leider konstatieren, daß die agitatorische Mitarbeit unserer Kollegen vielfach sehr nachgelassen hat. Einzelne Kollegen sind ja sehr eifrig, aber die Mehrzahl der Mitglieder verfaßt heute, da wir in den meisten Bezirken freigestellte Beamte haben, glauben die Kollegen vielfach der Mitarbeit in der Agitation entgehen zu sein.“

überläßt die ganze Arbeit meistens dem Beamten oder örtlichen Vorstehenden und läßt höchstens noch Kritik an deren Tätigkeit.“ Kritik hat die Tätigkeit der zentrumschriftlichen „Christen“ allerdings genügend verdient. Interessant ist auch noch folgendes Eingangsverständnis:

„Im Jahre 1904, wo wir nur über wenige freigestellte Beamte verfügten, wurden mehr Mitglieder aufgenommen als in den Jahren 1908/09, trotzdem da zirka 90 Beamte tätig waren. Der Mangel kommt aber daher, daß mit der Anstellung eines Beamten im Bezirk der Eifer und die Mitarbeit der Kollegen vielfach erlahmt ist. Festgestellt wurde, daß im Jahre 1908 51 Ortsgruppen vorhanden gewesen sind, die keine einzige Aufnahme gehabt hatten und weitere 91 Ortsgruppen, die nur bis auf sechs Aufnahmen gekommen waren.“

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die Entwicklung der Genossenschaften in Deutschen Reich.

In den von der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse herausgegebenen Mitteilungen zur Deutschen Genossenschaftsstatistik werden Zahlen über das Wachstum der Genossenschaften in den Jahren 1904 bis 1908 aufgeführt und gleichzeitig eine Gruppierung nach überwiegend städtischem oder ländlichem Charakter vorgenommen. Es wurden ermittelt:

Table with 4 columns: Genossenschaftstyp (Kreditgenossenschaften, Rohstoffgenossenschaften, etc.), Year (1904, 1908), and Mitglieder (1904, 1908).

Table with 4 columns: Genossenschaftstyp (Kreditgenossenschaften, Rohstoffgenossenschaften, etc.), Year (1904, 1908), and Mitglieder (1904, 1908).

Die durchschnittliche Zunahme der Genossenschaften von 1904 bis 1908 betrug bei den städtischen 24,03, bei den ländlichen 20,48 v. H. Die durchschnittliche Mitgliederzunahme ist bei beiden Gruppen annähernd gleich (27,36 bzw. 27,76 v. H.).

Internationale Rundschau.

Erste internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

F. G. K. Paris, 24. September.

Vom 18. bis 24. September tagte hier die erste internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Titel ist eigentlich falsch. Denn um die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen zu können, dazu müßte ihre Beseitigung möglich sein. Die ist jedoch solange unmöglich, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, die weder geregelt ist, noch für den Bedarf produziert, die zwischen der Erzeugung und dem Verbrauch die Differenz des Mehrwertes enthält und durch den Konkurrenzkampf unproduktiv und verschwendend arbeitet.

Es war eine sehr bunte Gesellschaft, die da unter dem Vorhild des ehemaligen und zukünftigen französischen Ministerpräsidenten Leon Bourgeois versammelt war. Neben den Vertretern der deutschen, italienischen und schweizerischen Gewerkschaftszentralen, neben bekannten Gewerkschaftlern und Genossen aus fast allen europäischen und einigen überseeischen Ländern, saßen die Vertreter des potenziereichen Schaffmachers, der schweizerische Generalausperror v. Schönbach, der französische Reichsminister v. Billemin usw.

Von wirklichen praktischen Erfolgen konnte somit nicht die Rede sein. In dieser Erkenntnis hat die Konferenz auch keine Beschluß gefaßt. Die Verhandlungen der Konferenz haben also für die Gewerkschaften nur einen sehr relativen Wert. Der Wert der Konferenz liegt in dem Material, das in den Berichten der verschiedenen Länder aufgeführt ist und in dem moralischen Eingeständnis, das die Konferenz an sich bedeutet.

„Nun, wenn die Zustände einer Gesellschaft untragbar werden, finden sich aus den Reihen der herrschenden Klasse Leute — bis vor 30 Jahren nannte man sie Philantropen — die gegen diese Zustände aufstehen, weil sie die Gesellschaftsordnung, deren Nutznießer sie sind und an deren Ewigkeit sie gerne glauben möchten, vor Katastrophen bewahren wollen.“

„Nun, wenn die Zustände einer Gesellschaft untragbar werden, finden sich aus den Reihen der herrschenden Klasse Leute — bis vor 30 Jahren nannte man sie Philantropen — die gegen diese Zustände aufstehen, weil sie die Gesellschaftsordnung, deren Nutznießer sie sind und an deren Ewigkeit sie gerne glauben möchten, vor Katastrophen bewahren wollen.“

„Nun, wenn die Zustände einer Gesellschaft untragbar werden, finden sich aus den Reihen der herrschenden Klasse Leute — bis vor 30 Jahren nannte man sie Philantropen — die gegen diese Zustände aufstehen, weil sie die Gesellschaftsordnung, deren Nutznießer sie sind und an deren Ewigkeit sie gerne glauben möchten, vor Katastrophen bewahren wollen.“

„Nun, wenn die Zustände einer Gesellschaft untragbar werden, finden sich aus den Reihen der herrschenden Klasse Leute — bis vor 30 Jahren nannte man sie Philantropen — die gegen diese Zustände aufstehen, weil sie die Gesellschaftsordnung, deren Nutznießer sie sind und an deren Ewigkeit sie gerne glauben möchten, vor Katastrophen bewahren wollen.“

„Nun, wenn die Zustände einer Gesellschaft untragbar werden, finden sich aus den Reihen der herrschenden Klasse Leute — bis vor 30 Jahren nannte man sie Philantropen — die gegen diese Zustände aufstehen, weil sie die Gesellschaftsordnung, deren Nutznießer sie sind und an deren Ewigkeit sie gerne glauben möchten, vor Katastrophen bewahren wollen.“

### Achtung, polnische Bergleute!

#### Haltet euch vor fremden Agenten!

Unterzeichneter bittet um möglichste Verbreitung nachfolgender Mitteilungen. Vom Generalsekretär des Verbandes der Bergarbeiter und Steinbrucharbeiter Frankreichs ging mir folgendes Schreiben zu:

„Die Gewerkschaft der Bergarbeiter vom Pas de Calais hat sich soeben mit der Situation beschäftigt, die von 500 deutschen und österreichischen Pololen und anderen, die nach Frankreich gekommen sind, um zu arbeiten, geschaffen worden ist.“

Diese Arbeiter, die in Polen von gewissen ihrer Landsleute rekrutiert worden sind, sind mit ihren ganzen Familien gekommen auf das Versprechen, daß man ihnen hohe Löhne und eine viel bessere Stellung verschaffen werde, als sie in ihrem Vaterlande hätten.

Sind diese Arbeiter aber erst einmal in Frankreich, so bemerken sie bald, daß die Versprechen, die man ihnen gegeben, nicht erfüllt werden. Im Gegenteil profitieren die Arbeitgeber dabei, indem sie diese Leute, die der französischen Sprache nicht mächtig sind, abseits von den Arbeitern des Landes halten, um sie besser ausbeuten zu können.

Wir haben erfahren, daß die Werber (oder besser gesagt, Menschenhändler) ihre Operationen in Polen fortsetzen, um andere Arbeiter für so und so viel pro Kopf anzuwerben.

Ich würde Ihnen sehr verbunden sein, wenn Sie diese Tatsachen zur Kenntnis der deutschen und österreichischen Kameraden bringen würden, damit diese in ihrer Gewerkschaftspressen bekannt geben, um die polnischen Arbeiter und andere davor zu warnen, nicht so naiv zu sein, sich auf die Versprechen der wenig gewissenhaften Werber, die sie ausbeuten, einzulassen.

Sie können zur gleichen Zeit auch bekannt geben, daß sich die Bergarbeitergewerkschaft des Pas de Calais der augenblicklich in Frankreich weilenden Bergarbeiter annimmt und schon eine Anzahl von ihnen organisiert hat.“

Es liegt durchaus im Interesse der polnischen Kameraden, daß sie auf diese Warnung hören. Organisiert euch in eurer Heimat, dadurch nur könnt ihr euch dort erträgliche Zustände verschaffen.

Dito Que, Essen-Küntenkeid.

## Abrechnung.

Folgende Bahnhöfe und Bezirke haben für den Monat August 1910 bei der Hauptkasse in Böhmen abgerechnet:

- Bezirk Hannover: Verne a. L. 181,00 (22,50), Obermassen 307,05 (34,25), ...  
 Bezirk Dortmund: Rahm 182,80 (87,50), ...  
 Bezirk Göttingen: Göttingen 117,80 (12,50), ...  
 Bezirk Emden: Emden 120,00 (12,50), ...  
 Bezirk Münster: Münster 120,00 (12,50), ...  
 Bezirk Hamm: Hamm 120,00 (12,50), ...  
 Bezirk Bielefeld: Bielefeld 120,00 (12,50), ...  
 Bezirk Paderborn: Paderborn 120,00 (12,50), ...  
 Bezirk Osnabrück: Osnabrück 120,00 (12,50), ...  
 Bezirk Detmold: Detmold 120,00 (12,50), ...  
 Bezirk Bielefeld: Bielefeld 120,00 (12,50), ...  
 Bezirk Hamm: Hamm 120,00 (12,50), ...  
 ...

- Bezirk Osterode: Osterode 187,45 (81,25), ...  
 Bezirk Gandersheim: Gandersheim 157,45 (81,25), ...  
 Bezirk Osterode: Osterode 187,45 (81,25), ...  
 ...

- Bezirk Osterode: Osterode 187,45 (81,25), ...  
 Bezirk Gandersheim: Gandersheim 157,45 (81,25), ...  
 ...

verausgibt worden sind. Die Verwaltungskosten bestanden vorwiegend in Ausgaben für den Geschäftsführer, die Kassendirektoren, Krankenkontrollen und sonstige Kassendirektoren und für Projekte, die die Rasse gegen die eigenen Mitglieder führt. Zur Erfüllung der der Rasse obliegenden Leistungen werden von den Beiträgen der Mitglieder nur zum kleineren Teil verwendet. Durch den Hinweis auf dem Titelblatt des Statuts, daß sie unter staatlicher Oberaufsicht steht, sucht die Rasse nach außen hin den Anschein zu erwecken, daß die Versicherungsbedingungen günstiger sind, während die Statuten in Wirklichkeit dem eigentlichen Inhalt entsprechen, daß die Rasse fast in jedem Falle die Erfüllung ihrer Verpflichtungen verweigert kann. Da die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen keine Handhabe bieten, um eine Überwindung der Statuten zu erzwingen oder wegen der unverhältnismäßig hohen Verwaltungskosten gegen die Rasse, die im übrigen den Anforderungen des Paragraphen 75 des Krankenversicherungs-gesetzes nicht genügt, einzuschreiten, erscheint es geboten, öffentlich auf die angeführten Tatsachen hinzuweisen.“

### Saargebiet und Reichslande.

#### Der Fall Uffelborn.

Der „Genosse Heinrich“ spielt der „Zehntenknappen“-Redaktion noch tollere Streiche, wie sie selbst der „Kleine Junge“ dem Zehngewerkschaftsstand gespielt hat; denn „Heinrich“ liefert nicht nur gefälschte Briefe, sondern schreibt auch dazu noch das verlogene Zeugnis, um damit dem Verband zu schaden; blamiert jedoch immer nur die eigene Zunft. Verleumdungen ist eben Geschäft. So läßt sich der Zehntenknappe vom 17. September vom „Genossen Heinrich“ aus Forbach berichten, die Verbandskasse habe den Fall Uffelborn besser unterstützt werden müssen. Er sei vor drei Monaten auf Schacht Merkenbach gemahnt worden und — so schreibt „Genosse Heinrich“:

„Erst nach einer Auseinandersetzung des Uffelborn mit Leimpeters kamen sage und schreibe 28. März Mahregelungsunterstützung für mich zu drei Monaten. Uffelborn suchte in Forbach Arbeit, konnte aber nicht weiter arbeiten, weil die Ausgaben für seine Familie die Einnahmen überstiegen. Er zog es vor, nach dem Saargebiet zu wandern. Aber, um zu wandern, fehlte das nötige Geld. Auf eine zweite Auseinandersetzung der Frau Uffelborn mit Leimpeters bedankte die Frau 20. März. Uffelborn von bannen, Weib und Kind zurücklassend. Glücklich ist nur die arme Familie in der jetzigen teuren Zeit und muß von der hiesigen Gemeinde unterstützt werden.“

Da hat der Verband oder ich schrecklich geschändet, wenn — wahr wäre, was „Genosse Heinrich“ schreibt. Kamerad Uffelborn wurde am 15. April auf Schacht Merkenbach gekündigt und zwar, weil die aus dem Verbandsausgeschloffenen früheren Mitglieder Kuntzborf und Stolz dem Betriebsführer vorgezogen hatten, Uffelborn wolle sich unter Androhung von Schlägen in den Verband zwängen. Wegen dieser Denunziation entwickelte sich am 24. auf 25. April zwischen mehreren Verbandskameraden, Uffelborn und seiner Frau einerseits und den beiden Denunzianten andererseits eine Schlägerei und wurde Uffelborn am 26. April in Untersuchungshaft gelegt, jedoch nach einigen Tagen freigelassen, seine Papiere aber auf den 20. August gestellt, anstatt auf den 30. April, wie es sich geschähe hätte. Er war dann vom 28. April bis einschließlich der Untersuchungshaft zwei Wochen und vier Tage ohne Arbeit und hat dafür, ohne einen Auftrag gestellt zu haben und ohne Auseinandersetzung um Gemahregelungsunterstützung erhalten: am 12. Mai 14. März und am 8. Juni 28. März, mithin für sechs Wochen und drei Tagen 87.00. Die erste Unterstützung habe ich ausgezahlt, trotzdem er als Vertrauensmann zehn Wochen im Rückstand war, nichts mehr zu beantragen hatte und beim Zehngewerksverein auch nichts erhalten hätte! Aus der Schlägerei entwickelte sich ein Prozeß, für den unser Vorstand in anerkannter Weise die Kosten für den Rechtsbeistand bewilligte, obwohl sie nach den Bestimmungen des Statuts hätte verweigert werden sollen, und dieser Rechtsbeistand hat den Verband 80.00.00.00 gekostet! Uffelborn wurde freigegeben und arbeitete in Forbach, wo er allerdings weniger verdient als in der Grube, aber dafür konnte der Verband nicht, der an seiner Ablehnung in seiner Schuld ist. Am 21. und 27. Juli schrieb mir Uffelborn mir — auf Wunsch veröffentlichte ich die Schreiben — daß seine Arbeit „zu Ende“ ging, er auf Merkenbach nicht angenommen würde, aber sein Wort, daß er keine Arbeit mehr habe, noch, daß er Unterstützung bedürfe oder zu beantragen hätte. Um 18. August, als ich bei Uffelborn die Wangenabreibung machte, war Uffelborn nicht zu Hause, trotzdem ich ihm geschrieben hatte, um welche Zeit ich an ihm meine Frau machte Spekulation, daß ihr Mann schon in der dritten Woche ohne Arbeit sei und keine Unterstützung erhalten habe. Daraus hatte Uffelborn mir nichts mitgeteilt und da sein Mitgliedsbuch nicht zur Stelle war, ich auch nicht ohne Genehmigung des Vorstandes Gemahregelungsunterstützung zahlen durfte, gab ich der Frau 20.00.00.00 Vorkauf, die später auf die Arbeitslosen- oder Gemahregelungsunterstützung verrechnet werden sollten und, da Gemahregelungsunterstützung nicht mehr bewilligt wurde, auf die Arbeitslosenunterstützung, von der er jetzt 28.00.00.00.00 erhalten hat, verrechnet worden sind. Dabei hat die Frau Uffelborn mich noch belogen, denn nach Erkundigungen unter den Mitgliedern ist Uffelborn gar nicht so lange arbeitslos gewesen und hat selbst zugeben müssen, mehr Unterstützung erhalten zu haben, als ihm nach dem Statut zuzustehen! Der drittliche Vorkauf, der wegen Übertretung der bergpolizeilichen Vorschriften auf den Kassenschatz auf vierzehn Tage abgelegt wurde, hat der Frau Uffelborn erzählt, er hätte für diese vierzehn Tage 70.00.00.00.00 Unterstützung bekommen, worauf diese dann „loszog“, aber sehr auf Kosten der Wahrheit! Der Zehngewerksverein möge doch erst seine vom Streit her noch nicht bezahlten Unterstützungen auszahlen, ehe er mit bezogenem Weibergutsatz gegen den Verband „Kapital“ schlagen will. In meinem Bezirk hat noch jeder an Unterstützungen erhalten, was ihm nach dem Statut zustand, Uffelborn noch mehr.

### Lohnbewegungen und Streiks.

#### Differenzen auf dem Kalilwert Aller-Nordstern.

Auf dem Kalilwert Aller-Nordstern bei Groß-Hauslingen-Welcham an der Aller sind Differenzen ausgebrochen und steht mit großer Wahrscheinlichkeit der Streik bevor. Die Ursachen sind: Fortgesetzte Mahregelungen organisierter Kameraden. Schon mehrfach hat die Werksverwaltung Vertrauensleute unseres Verbandes entlassen und jetzt hat sie der gesamten Ortsverwaltung gekündigt, die den Unternehmer beauftragt, den Kameraden zu kündigen. Das zeigt, daß dem Werte die Organisation im vorn hin liegt und den Bergarbeitern das gesetzliche Koalitionsrecht zurücheln machen will. Auch hat man acht Kameraden wegen Teilnahme an einer Versammlung sofort entlassen. Die Kameraden von Aller-Nordstern können sich diese brutale Unterdrückung ihrer gesetzlichen Rechte nicht gefallen lassen und sind gewillt, einmütig dagegen Front zu machen. Die Werksverwaltung zeigt auch, daß sie der Öffentlichkeit gegenüber kein reines Gewissen hat, denn sie jagt Unterbeamte als Spione aus, um herauszufindern, was die Arbeiter etwa zu unternehmen gedenken. Bei einer Besprechung der Bergarbeiter mit der Verbandsleitung in einem Wirtschaftsausschuß ein solcher Geselle stundenlang in der Erde und pähte mit Argusaugen wie ein Okerhähne, um etwas von dem Gespräch der Bergarbeiter zu ergattern. Was bekam der Mensch für diesen Dienst? Oder hat das Werk für seine Beamten so wenig zu tun, daß sie sich während der Arbeitszeit stundenlang im Gasthause auf Kosten des Werks aufhalten können? Nun, das Werk wird schon erfahren, was die Kameraden im Einverständnis mit der Verbandsleitung beginnen werden. Die Forderungen werden der Werksverwaltung in den nächsten Tagen unterbreitet werden.

Kalilarbeiter aller Orten! Unterstützt die Kameraden von Aller-Nordstern! Weibet bei Arbeitslosigkeit dieses Werk und haltet Zugang von diesem Werte fern. Arbeitsjunge bedroht an die unterzeichnete Bezirksleitung.

Das Kalilwert Aller-Nordstern ist streng zu meiden!

Die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

H. U. May Oätinet.

### Briefkasten.

Treuer Abonnent in Warten. Teile uns Deine Adresse mit, dann wollen wir Dir schriftlich über die beste Fahrgelegenheit zu Interburg-Wanne Auskunft geben. — Weis, Gelsenkirchen. Die Sache ist ja noch nicht zu Ende geführt bis dahin brauchen wir die Offen noch.

Hauptkassa.

